

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Staatsminister Dr. Markus Söder

Abg. Volkmar Halbleib

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Erika Görnitz

Abg. Manfred Pointner

Abg. Claudia Stamm

Abg. Karsten Klein

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Abg. Georg Winter

Abg. Christine Kamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 2 a und 2 b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

**zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013) (Drs. 16/13464)**

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

**über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die
Haushaltsjahre 2013 und 2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014 - HG 2013/2014)
(Drs. 16/13465)**

- Erste Lesung -

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst Herrn Staatsminister Dr. Söder das Wort.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Allein der Titel, den unsere Präsidentin vorgelesen hat - die Einbringung des Haushaltsentwurfs und des Finanzausgleichsgesetzes -, klingt zunächst etwas spröde. In der Tat waren Haushaltsdebatten früher eher etwas für Technokraten und vielleicht, wie man immer abschätzig sagte, für Buchhalter. Heute ist Finanzpolitik die Mutter aller Politikfelder.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Georg Schmid (CSU): Und der Vater!)

Laut vieler Umfragen sorgen sich 80 % der Deutschen und der Bayern um die finanzielle Zukunft der Währung und um ihre Einkommen; denn Haushalt und Währung sind die Basis für Wohlstand, die Basis für Arbeitsplätze und die Basis für sichere Renten und Pensionen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir in Bayern geben heute darauf eine Antwort. Wir nehmen diese Sorgen auf.

Unser Haushaltsentwurf ist ein Dokument der Sicherheit und der Stabilität, ein Konzept der Zukunft und der Stärke, eine Antwort auf die Schuldenkrise in Europa und eine Aufforderung an Deutschland, es uns auf Dauer gleichzutun. Der Haushalt 2013/2014 ist der Premiumhaushalt in Deutschland.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): Bravo!)

Dies wird auch von anderen so gesehen. Die neue Studie der "Wirtschaftswoche" und der Initiative für Neue Soziale Marktwirtschaft - NSM - hat im neuesten Bundesländer-ranking erneut festgestellt, dass Bayern die absolute Nummer eins in Deutschland ist, sowohl was Wirtschaft und Lebensqualität als auch soziale Ausgewogenheit betrifft. Meine Damen und Herren, wir sind nicht nur die Nummer eins, der Abstand zum Zweiten, zu Baden-Württemberg, hat sich vergrößert. Ich zitiere: "Der Freistaat Bayern trägt im zehnten Bundesländerranking zum neunten Mal die Krone des Siegers im Bestandsranking. Der Vorsprung ist dabei so deutlich, dass sich daran auch in den nächsten Jahren nichts ändern dürfte". Meine Damen und Herren, wir werden stärker, und andere werden schwächer.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Grund dafür ist die finanzielle Leistungsfähigkeit. An dieser Stelle sind wir top. Wir machen keine Schulden. Schulden sind - das ist in ganz Europa spürbar - nicht nur eine Hypothek für die Zukunft, weil sie die nächste Generation belasten, sondern auch durch die Zinsen, die gezahlt werden müssen, eine Lähmung der Gegenwart. Deswegen ist es der richtige Weg, Schulden zu tilgen. Ein Vergleich zeigt, wie stark wir sind und wie richtig unser Weg ist. Unser Nachbarland Baden-Württemberg ist immer als ein Land bezeichnet worden, das solide wirtschaftet. Baden-Württemberg macht drei Milliarden Euro neue Schulden. Dort ist vor der Wahl versprochen worden, es besser zu machen. Nach der Wahl machen sie Schulden. Das ist der Unterschied zu Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Markus Rinderspacher (SPD): Mappus! - Alexander König (CSU): Trotz steigender Einnahmen!)

Wir legen Ihnen und damit auch den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern zum achten und neunten Mal in Folge einen allgemein ausgeglichenen Haushalt vor. Wir haben mit einer Verschuldung von 2.593 € pro Kopf die mit Abstand niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung in Deutschland.

(Markus Rinderspacher (SPD): Und 833 € pro Kopf für die Landesbank!)

Im Schnitt ist der Schuldenstand in Deutschland dreimal so hoch. Nordrhein-Westfalen hat einen aktuellen Schuldenstand von 180 Milliarden Euro. Dieser ist damit fünfmal höher als in Bayern. Sie legen sogar noch mit neuen Schulden nach. Meine Damen und Herren, wer an die Zukunft junger Menschen denkt, der muss in Bayern sein und nicht woanders.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir machen nicht nur keine Schulden, sondern wir tilgen alte Schulden: Eine Milliarde Euro im Jahre 2012 und eine Milliarde im Doppelhaushalt 2013/2014. Die Finanzplanung für die Jahre 2015 und 2016 zeigt ganz deutlich, dass wir wieder eine Milliarde Euro tilgen werden. Wir sind die Einzigen in Deutschland, die nachhaltig jedes Jahr Schulden tilgen. Es gibt kein vergleichbares Land.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wir kommen damit unserem Ziel, bis zum Jahre 2030 schuldenfrei zu sein, Herr Ministerpräsident, sehr nahe. Das haben wir fest im Blick. Das machen wir nicht nur - das spürt man diese Tage -, um eine Milliarde Euro Zinersparnis zu erzielen, die für die Pensionsvorsorge wichtig ist. Das machen wir nicht nur, um der jungen Generation in zehn oder fünfzehn Jahren ein bestelltes Feld zu übergeben. Meine Damen und Herren, einer der wesentlichen Gründe, die heute unterschätzt werden, ist die Emanzipation von den Finanzmärkten. Das spüren wir bei den Ländern, die massiv Schulden machen. Schuldenfrei zu sein, bedeutet nicht nur zinsfrei zu sein, sondern auch

unabhängig und autark. Wir wollen Bayern selber gestalten und wir wollen nicht, dass andere mit uns spekulieren. Das ist der Grund für ein schuldenfreies Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Sogar die Landesbank, unsere größte Herausforderung in den letzten Jahren, befindet sich wieder auf einem soliden Weg. Keiner wird bestreiten können, dass die Chancen, Herausforderungen und Risiken für Banken aufgrund der Finanzmärkte derzeit insgesamt groß sind. Gerade in diesem Jahr haben wir jedoch die Weichen dafür neu gestellt. Wir haben gemeinsam im Parlament Fehler aufgearbeitet und die Landesbank neu ausgerichtet.

(Zuruf der Abgeordneten Inge Aures (SPD))

Zum selben Zeitpunkt - das ist ein historisch wichtiges Datum -, als die WestLB mit weiteren Milliardenverlusten für die Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen abgewickelt werden musste, hat die Europäische Union mit ihrer Entscheidung anerkannt, dass die Bayerische Landesbank lebensfähig ist. Mit dem Abschluss des Beihilfeverfahrens eröffnen sich in der Tat neue Perspektiven. Die Bank wird regionaler und mittelstandsorientierter. Die Bank wird kleiner und halbiert ihre Bilanzsumme. Die Bank wird ab dem Jahr 2013 bis zum Jahr 2019 fünf Milliarden Euro an den Steuerzahler zurückzahlen. Meine Damen und Herren, deswegen bleibt es in jeder Form eine Herausforderung, heute auf diesen Märkten tätig zu sein. Wenn wir zukünftig für die Steuerzahler Erfolge erzielen wollen, dürfen wir nicht Woche für Woche versuchen, Partner, Investoren und Mitarbeiter zu verschrecken. Wir müssen motivieren. Der Blick zurück ist gut. Der Blick in die Zukunft ist jedoch noch wichtiger.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Unser Haushaltsentwurf ist hinsichtlich der Finanzdaten grundsolide. Es gibt jedoch Risiken. Zunächst handelt es sich bei den Risiken um externe Faktoren. Wie geht es

weiter mit der Stabilität im Euroraum? Die Währung ist für die wirtschaftliche Entwicklung und damit für die Einnahmesituation und die Stabilität der Konjunktur wichtig.

Wir haben vor der Sommerpause eine Warnung erhalten: Moody's, eine Ratingagentur, hat Deutschland und letztlich auch die Bundesländer gewarnt. Sie hat gesagt: Die aktuellen Probleme der einzelnen Länder der Eurozone können dann überspringen, wenn man das Problem der ausufernden Zahlungen nicht in den Griff bekommen kann. Deswegen ist es für uns ganz wichtig klarzumachen: Wenn wir heute über den Euro reden, so handelt es sich nicht um ein Problem der Währung, sondern um ein Problem einzelner Länder der Eurozone. Es reicht daher auf Dauer nicht - in diesem Punkt hat die Bayerische Staatsregierung eine klare Haltung -, Geld zu geben. Konzepte, die Märkte mit Geld zu fluten, helfen nicht langfristig. Hilfspakete sind Schmerzmittel, Reformen aber die Therapie. Deswegen braucht es Reformen in den Schuldnerstaaten, um Europa wieder sicherer zu machen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn die Analyse stimmt, wonach Reformen das Entscheidende sind, gibt es Unterschiede in Deutschland in Bezug auf den Weg, den man gehen soll. Sigmar Gabriel hat im "Deutschlandfunk" gesagt, der beste Weg, um die Finanzkrise in den Griff zu bekommen, seien Eurobonds. Wir in Bayern aber sagen ganz klar: Wir wollen keine Vergemeinschaftung, wir wollen nicht Schulden mit anderen teilen, sondern jeder muss seine Schulden selbst tilgen.

(Beifall bei der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Was macht die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag?)

Nur nebenbei, Herr Rinderspacher: In Bezug auf den Gipfel, auf welchem die Eurobonds behandelt worden sind, gab es einen bemerkenswerten Vorgang, der in der Geschichte der Bundesrepublik noch eine besondere Beachtung erfahren wird. Kurz vor diesem Gipfel reisten drei potenzielle Kanzlerkandidaten der SPD nach Paris und haben beim französischen Präsidenten für Eurobonds geworben, und zwar gegen die

Position der deutschen Bundesregierung. Ich habe kein Problem damit, dass wir im Parlament und in der deutschen Öffentlichkeit hart um den Kurs der Währung ringen und uns überlegen, wie wir uns aufstellen. Dass aber deutsche Politiker nach Frankreich fahren, um gegen deutsche Politik Stimmung zu machen, ist ein unerhörter Vorgang, der sich nicht wiederholen darf.

(Beifall bei der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Wenn jemand Stimmung gegen Frau Merkel macht, dann sind Sie es, Herr Söder!)

Wir haben Europa im Herzen und den Euro im Blick. Wer auch Europa im Herzen und den Euro im Blick hat, der muss aber auf das Geld der Steuerzahler in Bayern und Deutschland achten. Daher lehnen wir nicht nur Eurobonds ab, sondern wir sind in großer Sorge in Bezug auf neue Vorschläge in Europa, zum Beispiel in Bezug auf die Bankenunion. Wir akzeptieren keine Schwächung unserer Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Wir wehren uns gegen Einlagensicherungsfonds für alle europäischen Banken.

(Beifall bei der CSU)

Es kann doch nicht sein, dass am Ende die bayerischen Sparer mit ihren Konten indirekt für die Bankgeschäfte in Griechenland, Spanien oder Zypern haften sollen. Sparkassenpräsident Zellner sagte zu Recht, er lehne dies ab und es dürfe keine Refinanzierung maroder Banken mit den Einnahmen unserer Sparer geben. Dafür stehen wir Bayern, um dies nicht Wirklichkeit werden zu lassen.

(Beifall bei der CSU)

Dagegen dürften Sie nun wirklich nicht schreien, denn ich hoffe, dass das auch Ihre Meinung ist. Wir bleiben auch grundsätzlich skeptisch gegenüber einer EZB-Politik des ungebremsten Ankaufs von Staatsanleihen. Das übrigens nicht nur, weil es eine Umwidmung des Mandats der EZB ist, und nicht nur, weil es die Gefahr einer schleichenden Inflation birgt. Inflation ist für denjenigen, der wohlhabend ist und Ver-

mögen hat, immer schlecht. Inflation ist nur für den gut, der Schulden hat. Wissen Sie, wohin dieses Konzept führt? Dieses Konzept führt dazu, dass das Konstrukt ESM und Fiskalpakt geschwächt wird, weil einzelne Staaten, die sich bisher einem starken Regime hätten unterwerfen müssen, dann möglicherweise leichter an Geld kommen. Die ersten Signale aus Spanien und Italien stimmen uns sorgenvoll, weil dort bereits gesagt wird: Das Geld nehmen wir gerne, aber bei den Bedingungen sind wir skeptisch. Einzelne Zeitungen dort haben schon getitelt: Danke, Herr Draghi.

Unser Bundesbankpräsident hat massiv davor gewarnt und sich deutlich eingebracht. Was war die Reaktion von einigen deutschen Politikern? Jürgen Trittin, der Bundesfinanzminister werden will und Spitzenkandidat der GRÜNEN, hat gesagt, Herr Weidmann solle sich mit seinen Lehrbuchweisheiten gefälligst zurückhalten. Wenn die Deutschen zu entscheiden haben, wem sie vertrauen - Herrn Trittin oder Herrn Weidmann - ist die Wahl klar: Wir vertrauen Herrn Weidmann.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Unser Kurs in Bayern ist klar, klar auch auf der Grundlage des Bundesverfassungsgerichts. Wir sagen Ja zum Euro, Ja zu ESM und Fiskalpakt, aber Nein zur Aufweichung und Verschiebung von Bedingungen, Nein zur Ausweitung und Vergemeinschaftung von Schulden. Wir sagen auch ein klares Ja zu einer Neugewichtung von Stimmen in der EZB. Wer für 27 % haftet, muss auch entsprechend für 27 % mitbestimmen dürfen.

(Beifall bei der CSU)

Um Risiken für Steuerzahler abzuwenden, helfen wir gerne, aber am Ende helfen wir nicht alleine. Unser Konzept zur Sicherung der Stabilität ist eine moderne politische Architektur. Diese besteht nicht nur im Sparen, sondern wir investieren auch. Unser Haushalt wächst in Bezug auf das Jahr 2013 um 5,7 %. Mit fast 95 Milliarden Euro ist es das größte Konjunkturpaket, das ein Bundesland in den nächsten zwei Jahren darstellen kann. Wir setzen politische Schwerpunkte dort, wo wir uns eine ökonomische

und gesellschaftliche Dividende erwarten. Wir investieren in Bildung und Forschung, und zwar in zwei Jahren 33 Milliarden auf beiden Feldern. Während andere Bundesländer Lehrerstellen abbauen - wir hatten gerade eine Debatte darüber -, bauen wir auf. Wir haben in dieser Periode 7.000 Lehrer angestellt, während andere Lehrerstellen abbauen. Wir etablieren neue Studienplätze, und zwar noch einmal 10.000 neue, sodass wir in dieser Zeit fast 48.000 Studienplätze geschaffen und 400 Professoren angestellt haben. Aus ganz Deutschland wollen Studenten bei uns in Bayern studieren, und zwar trotz Studiengebühren. Ich kann nur eines sagen: Bei uns gibt es bessere Startchancen als in anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir setzen einen Schwerpunkt bei Kindern und Familien. Wir geben rund drei Milliarden im Doppelhaushalt für Kinderbetreuung aus. Dies geschieht durch Betriebskostenförderung der Kitas für neue Betreuungsplätze sowie durch Hilfe beim Kindergartenbeitrag. Wir setzen Schwerpunkte bei Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. Wir tätigen dabei Gesamtinvestitionen von 11 Milliarden. Dies betrifft Breitbandförderung, Regionalmittel, Städtebau, Dorferneuerung, Brachlandförderung und und und. Die stärkste Konjunkturspritze vor Ort erfahren unsere Kommunen. Wir leisten uns eine beispiellose Teilhabe für Städte, Landkreise und Gemeinden. Unser FAG ist mit 7,7 Milliarden Euro der bisher höchste mit einer absoluten Grenze und der stärkste. Der Ausgleich ist nicht nur hoch, er ist auch gerecht. Andere sparen auf Kosten der Kommunen, aber wir investieren in die Kommunen.

(Beifall bei der CSU)

Mit den Stabilisierungshilfen - dies ist ein gerechter Ansatz - von 100 Millionen Euro werden die Schwächsten unterstützt. Mit der neuen Einwohnergewichtung wird gerade der ländliche Raum gestärkt, und mit mehr Selbstständigkeit durch die höhere Verbundquote erweisen wir Respekt vor der kommunalen Selbstverwaltung. Wir sind das Land, in dem vor Ort die meisten Investitionen getätigt werden. Deswegen wollen wir,

dass die Kommunen stark sind, und zwar auch im zukünftigen Wettbewerb. Ich glaube, dass der Umfang von 7,7 Milliarden Euro das Maß der Unterstützung belegt. Vergleichen Sie und finden Sie eine so kommunalfreundliche Landesregierung. Sie werden in Deutschland keine vergleichbare finden.

(Beifall bei der CSU)

Ein letzter Punkt: Wir investieren auch in unsere Mitarbeiter - in den letzten Jahren war dies ein großes Diskussionsthema -, in die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes. Wir wissen um die Qualität und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Bayern. Mit einem Paket von über 280 Millionen Euro setzen wir mehr Leistungsanreize, schaffen eine gerechtere Arbeitszeit, eine sichere Altersvorsorge und bieten viele Möglichkeiten der Beförderung. Der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes sagt in einem Zeitungsinterview, dies sei ein beachtliches Paket, das bundesweit seinesgleichen sucht. Damit hat er recht. Wir tun etwas für unsere Mitarbeiter.

(Beifall bei der CSU)

Es gibt in diesem Haushalt - ich muss das zugeben - eine echte Schwachstelle. Es gibt einen Punkt, der offenkundig macht, dass wir Geld nicht sinnvoll ausgeben. Das betrifft rund 8 Milliarden Euro für die nächsten beiden Jahre. Dieses Geld, das dem Zugriff des Landtags und dem Zugriff der Bayern entzogen ist, obwohl sie es verdient haben, betrifft den Länderfinanzausgleich. Was bedeuten eigentlich acht Milliarden? Acht Milliarden, Herr Rinderspacher, bedeuten umgerechnet rund 150.000 Lehrerstellen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Jetzt hören Sie einmal zu, das haben Sie noch nicht gewusst. Meine Damen und Herren, wenn das Gesang wäre, dann würde man einen Chor hören. So aber versteht man das nicht, meine Damen und Herren.

(Markus Rinderspacher (SPD): Herr Seehofer, hören Sie genau zu! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Herr Rinderspacher, hören Sie zu. Ich weiß, das tut Ihnen weh. Haben Sie trotzdem Interesse an der Diskussion.

(Anhaltende Unruhe)

Acht Milliarden Euro, das wären, wenn wir sie für Bayern ausgeben dürften, 150.000 Lehrer, 400.000 Krippenplätze oder 4.000 Kilometer Straße in Bayern. Meine Damen und Herren, jeder, der im bayerischen Haushalt mehr Geld haben will, hat die beste Chance, etwas dafür zu tun, nämlich den Länderfinanzausgleich zu ändern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben fast 40 Jahre lang Geld erhalten und dafür sagen wir Danke: 3,5 Milliarden Euro. Seit dieser Zeit haben wir aber fast 40 Milliarden Euro bezahlt. Und wir zahlen auch im nächsten Doppelhaushalt. Wir bezahlen inzwischen jedes Jahr mehr, als wir in 40 Jahren bekommen haben. Wir sind wirklich gerne bereit zu helfen,

(Markus Rinderspacher (SPD): Und Herr Seehofer hat das alles vermerkt!)

aber wenn inzwischen fast nur noch einer zahlt, dann ist das schon schlimm. Was aber einer bekommt, das ist noch viel schlimmer, und zwar das eine Bundesland, das durch seine hervorragenden Flughafenplanungen in Deutschland aufgefallen ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir müssen deshalb entscheiden: Die Schmerzgrenze ist erreicht. Am Ende müssen wir Bayern sogar die Schadensersatzansprüche für die Planung des Willy-Brandt-Flughafens zahlen. Ich sagen Ihnen deshalb eines: Wir werden klagen. Sie müssen hier im Landtag entscheiden, wo Sie stehen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Und was ist Ihre Verantwortung?)

Ich habe gelesen, dass die SPD kürzlich zum Wandern mit Wowereit eingeladen hat. Hier im Landtag wird die Wahl zu treffen sein: Wollen Sie wandern mit Wowereit oder klagen mit Seehofer, meine Damen und Herren? - Wir wollen klagen, denn ausnehmen lassen wir uns nicht, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir sind also, glaube ich, top aufgestellt. Der Entwurf lässt uns beruhigt in die Zukunft schauen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Und was ist mit Herrn Ramsauer?)

Ich glaube, wir haben mit dem Haushaltsentwurf und mit dem, was wir für die Kommunen tun, auch ein Bollwerk gegen eine international schwächere Konjunktur gesetzt. Allerdings, das muss man offen sagen, dieser Haushalt allein wird uns nicht reichen, wenn wir uns in Deutschland selbst schwächen. Die größte Herausforderung für die Binnenkonjunktur in Deutschland ist deshalb am Ende die Steuerpolitik. Ich bin fest davon überzeugt, es ist nicht die Zeit, Versprechungen für weitere Entlastungen zu machen. Es ist aber auch nicht die Zeit für Steuerexperimente oder radikale Steuerbelastungen. Herr Gabriel hat erklärt, er möchte eine Steuerpolitik nach französischem Vorbild in Deutschland etablieren. Er möchte mehr Belastung für die Mittelschicht, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer und er will die Mobilität verteuern. Er möchte die Energiekosten erhöhen. Über 22 Milliarden Euro wären damit von den Deutschen zusätzlich zu bezahlen. Die SPD blockiert im Bundesrat schon jetzt Entlastungen für Geringverdiener und die Mittelschicht. Zusätzlich soll es aber massive Erhöhungen geben! - Meine Damen und Herren, das Ausland wartet doch geradezu darauf, dass Deutschland sich schwächt. Sie werden deshalb von uns erbitterten Widerstand erfahren. Wir lassen nicht zu, dass Deutschland durch Steuererhöhungen schwächer wird. Das kann nicht die Zukunft unseres Landes sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir werden die Entwürfe nun beraten. Ich glaube aber, man kann schon jetzt sagen, selbst wenn man sich anstrengt, wird es schwer werden, viel zu kritisieren. Sie werden es trotzdem schaffen. Das müssen Sie auch, und das ist in Ordnung. Ich glaube aber, wenn Sie unseren Haushalt und unsere Haushaltsentwürfe mit dem vergleichen, was anderswo geboten wird, dann hat diese Staatsregierung, getragen von den Koalitionspartnern, getragen von den Ministern und den Fraktionen, einen, so finde ich, bemerkenswerten Entwurf vorgelegt, der ein Signal setzt,

(Inge Aures (SPD): Das stimmt!)

ein Signal für eine solide Grundlage für unser Land, ein Signal für die Zukunft Bayerns. Er ist aber auch ein Kompass für alle anderen Länder in Deutschland und, was sogar noch wichtiger ist, er ist eine Blaupause für die Zukunft in Europa. Wir bitten deshalb ganz herzlich, ihn seriös zu beraten und ihn zu unterstützen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP - Lachen des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf das Wort jetzt für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Halbleib erteilen. Bitte schön.

Volkmar Halbleib (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Staatsminister Dr. Söder, Ihr Auftritt vor dem Bayerischen Landtag

(Zuruf von der CSU: War super! - Weitere Zurufe: Bravo, Bravo!)

passt zu der Überheblichkeit, mit der Sie diesen Doppelhaushalt vorbereitet haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie sprechen von der bayerischen Oase in der Finanzwüste Europas. Diese angebliche Oase ist jedoch eine Fata Morgana, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident Seehofer, Sie und Ihr Finanzminister sind finanzpolitische Scheinriesen, so wie der Scheinriese Herr Turtur im Lummerland. Wir alle kennen ihn. Je weiter man sich von ihm entfernt, desto größer erscheint er. Nur wenn man sich ganz nahe an ihn heranwagt, erkennt man, dass er genauso groß ist wie jeder normale Mensch. Sie, Herr Ministerpräsident, sind ein finanzpolitischer Scheinriese, und Sie, Herr Finanzminister Dr. Söder, ebenso.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Das fängt schon bei der Schuldentilgung an. Es ist schon ein absurdes Schauspiel, wenn sich die CSU gerade als diejenige politische Kraft aufspielt, die angeblich die Schulden tilgt. Die CSU ist doch vielmehr die politische Kraft, die dafür gesorgt hat, dass sich der Schuldenstand Bayerns seit 2008 mit 10 Milliarden Euro, also mit 10.000 Millionen Euro, um 45 % erhöht hat.

(Unruhe bei der CSU)

Das tut Ihnen weh. Das weiß ich.

(Alexander König (CSU): Da tut uns gar nichts weh!)

Damit ist die Schuldenlast um 800 € je Einwohner angestiegen. Diese Schuldenerhöhung haben Sie zu vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sind Sie die Scheinriesen in der Schuldentilgung, Sie sind vielmehr die Riesen im Schuldenaufbau!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sie sind auch Scheinriesen in Sachen Stabilität, das wissen Sie auch selbst. Die CSU hat dem Steuerzahler nicht nur 10 Milliarden Euro Landesbank-Debakel hinterlassen

mit einer Zinszahlung von jährlich 350 Millionen Euro. Das entspricht der Finanzierung von 7.000 Lehrern. Die CSU hinterlässt in Sachen Landesbank noch weitere Risiken für die Zukunft. Das erste Risiko wird sich schon in diesem Doppelhaushalt realisieren: Es ist eine Garantiezahlung in Höhe von weiteren 1,6 Milliarden Euro.

(Zurufe von der CSU)

Hinzu kommen die Risiken bei der MKB, die Risiken der Rückzahlung des Darlehens oder des Eigenkapitals. Das wird von der Landesbank noch zu klären sein. Ist das die Stabilität, die Sie hier verkünden wollen? - Es sind vielmehr milliardenschwere Risiken für Bayern und für die bayerischen Steuerzahler, und das ist die Wahrheit!

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zurufe von der SPD: Bravo, Bravo!)

Nun komme ich zum Scheinriesen Zukunftssicherung. Sie sind es doch, CSU und FDP, allen voran der Ministerpräsident und der Finanzminister, die in diesem Bayerischen Landtag mit der Versorgungsrücklage und dem Versorgungsfonds das zentrale Instrument der Zukunftsvorsorge im Freistaat Bayern zerschlagen.

(Thomas Hacker (FDP): Der Fonds wird weiter angespart!)

CSU und FDP wollen die Pensionskassen, die Zukunftsvorsorge des Freistaats Bayern, bis zum Jahr 2014 - und nun hören Sie sich die Zahl in aller Ruhe an -, um 1,22 Milliarden Euro plündern.

(Thomas Hacker (FDP): Der Fonds wird weiter angespart!)

Das ist Ihre Art der Zukunftsvorsorge. Herzlichen Glückwunsch zu diesem Scheinriesen Zukunftssicherung!

(Beifall bei der SPD - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wir werden der CSU und der FDP hier im Hause nicht den Gefallen tun, die positive Entwicklung in Bayern mit den positiven Folgen für die Einnahmesituation in unserem

Freistaat schlechtzureden. Aber wir sehen genau hin. Wir sehen uns auch die Schattenseiten an, wir blicken auch auf die Kehrseiten der Medaillen, die Sie sich selbst umhängen wollen. Wir blasen den Trockeneisnebel Ihrer Rocky-Horror-Haushaltsshow auf die Seite,

(Heiterkeit bei der SPD)

um die Sicht freizubekommen für die finanzpolitischen Tarnungen, Täuschungen und leider auch Lügen, die Sie, Herr Finanzminister, uns und den bayerischen Bürgern auch heute wieder zumuten.

(Beifall bei der SPD)

Wir nehmen die Pflicht ernst, Ihre politischen Fehlentscheidungen und Ihre Versäumnisse aufzudecken. Sie wollen sie mit diesem bayerischen Haushaltsentwurf unter dem Teppich kehren. Wir haben gerade wegen Ihrer überzogenen Lügenrhetorik, für die Ihr Redebeitrag das beste Beispiel war, Herr Minister, auch die Aufgabe, deutlich zu machen, dass Sie sich bei vielen positiven Entwicklungen in Bayern mit fremden Federn schmücken. Da sind wir auch sehr selbstbewusst.

Natürlich ist die wirtschaftliche Entwicklung den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie den Unternehmern in Bayern zu verdanken, aber neben Ihrem Anteil, den wir gar nicht leugnen wollen, auch drei sozialdemokratischen Leistungen - ich weiß, dass Ihnen das wehtut, aber es entspricht der Wahrheit -: Das ist erstens die Arbeitsmarktreform unter Gerhard Schröder. Es sind zweitens die sozialdemokratischen, nicht die liberalen und konservativen Konzepte in der Wirtschaftskrise 2008 und 2009. Das war eine wirksame Reaktion auf den wirtschaftlichen Einbruch aufgrund der Finanzmarktkrise. Bayern hat davon am meisten profitiert. Dies ist mit sozialdemokratischen Namen verbunden: Peer Steinbrück, Frank-Walter Steinmeier und Olaf Scholz für die Kurzarbeiterregelung. Das ist unser Anteil an diesem Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir über die Anteile der Gebietskörperschaften reden - damit meine ich Bund, Land und Kommunen -, die zur Wirtschafts- und Steuerkraft beitragen, dann lassen Sie uns auch einmal über den Beitrag im Freistaat Bayern reden, den das seit vielen Jahrzehnten sozialdemokratisch regierte Kraftzentrum München mit seiner hohen Wirtschafts- und Steuerkraft zu den Einnahmen des Freistaats Bayern leistet. Oberbayern liegt 129 % über dem Durchschnitt der bayerischen Steuerkraft. Einen entscheidenden Beitrag dazu hat auch die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in der Landeshauptstadt München geleistet. Das ist doch ohne Zweifel richtig.

(Beifall bei der SPD)

Herr Staatsminister - Sie haben das richtig angesprochen -, wir haben es auch dem Euro zu verdanken, dass Bayern so gut dasteht; denn der Export nimmt in Bayern bekanntermaßen eine zentrale Stellung ein. Mit einer Exportquote des verarbeitenden Gewerbes von 51 % wird mehr als jeder zweite Euro im Export erwirtschaftet, was die hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft unterstreicht. Im Exportgeschäft können die höchsten Zuwächse seit langen Jahrzehnten verzeichnet werden. Mit einem Anstieg um 11 % beliefen sich die Ausfuhren 2011 auf knapp 160 Milliarden Euro. Deswegen, Herr Staatsminister, ist Ihr Gerede während der Sommerpause zum Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone nicht nur verantwortungslos, sondern dies schädigt elementar die wirtschaftlichen Interessen Bayerns. Das muss man an dieser Stelle einmal sagen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Franz Maget (SPD): Der Wirtschaftsminister stimmt zu!)

Dies schädigt die Interessen der bayerischen Unternehmen sowie die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern. Bayern hat - das ist doch klar - das größte wirtschaftliche Interesse, die Turbulenzen in der Eurozone endlich zu lösen und hinter sich zu bringen und sie nicht durch populistisches Geschwätz dieses Finanzministers noch anzufachen. Das ist doch der Punkt.

(Beifall bei der SPD - Harald Güller (SPD): Bravo!)

Herr Ministerpräsident, die bayerischen Bürgerinnen und Bürger erwarten Klarheit hinsichtlich des bayerischen Kurses zur Eurorettung. Die Vielstimmigkeit in Ihrer Partei, Herr Ministerpräsident, Herr CSU-Vorsitzender, schadet diesem Land. Die CSU ist mit Söder und Dobrindt auf der einen Seite mit "Griechenland raus!" und mit Hasselfeldt und Ferber auf der anderen Seite mit "Griechenland retten!" richtungslos und nicht handlungsfähig.

(Beifall bei der SPD)

Wir erwarten, dass sich der Ministerpräsident nach diesem Sommer der unmöglichen Äußerungen in dieser Plenarsitzung erklärt, ob er sich die Einlassungen seines Finanzministers zu eigen macht, an den Griechen sei "ein Exempel zu statuieren". Er soll hier und heute sagen, welche Ansteckungsgefahren der geforderte sofortige Austritt von Eurostaaten auf andere Euroländer hat und welche Konsequenzen damit auch für das exportorientierte Bayern verbunden sind, und zwar für die konjunkturelle Entwicklung Bayerns und für die Entwicklung des Arbeitsmarkts in Bayern.

Herr Seehofer, Sie sollten gegenüber diesem Landtag und der bayerischen Öffentlichkeit auch vollumfänglich erklären, welche unmittelbaren Kosten der deutsche und bayerische Steuerzahler tragen muss, die mit dem Austritt Griechenlands aus der Eurozone unweigerlich auf ihn zukommen, und was die Auswirkungen auf diesen Doppelhaushalt und die Finanzplanung des Freistaats Bayern wären. Die Form der Auseinandersetzung mit der Eurokrise, die der Finanzminister hier betreibt, ist unsäglich. Herr Ministerpräsident, wir erwarten in der heutigen Plenarsitzung ein klares Wort.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss sagen: Das, was der Finanzminister hier zur Eurokrise gesagt hat, war eine der unfundiertesten und unsäglichsten Oppositionsreden - -

(Zuruf von der CSU)

- Ich antworte auf die Erklärung des Staatsministers. Auch er hat leider nicht zum Staatshaushalt geredet. Deswegen muss ich mich mit seinen Ausführungen befassen.

- Das war eine der unsäglichsten Oppositionsreden gegen Bundeskanzlerin Merkel in dieser Frage; denn alles, was Sie kritisiert haben, wird im Augenblick von der Bundesregierung in der Eurozone und bei der Eurorettung verantwortlich vorangetrieben. Das sind genau die Punkte, für die diese Regierungskoalition in Berlin steht. Statt die SPD zu kritisieren, Herr Finanzminister, sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen, dass wir bei schwierigen Entscheidungen in der Eurofrage nicht - wie Sie - auf das parteipolitische Klein-Klein gesetzt haben, sondern auf staatspolitische Verantwortung. Zudem haben wir zu bestimmten Entscheidungen dieser Regierungskoalition, die nicht unsere ist, im Deutschen Bundestag gestanden und haben dazu auch klar Position bezogen. Dafür muss die Sozialdemokratie Lob erhalten statt Kritik. Das, was Sie hier aufführen, ist unsäglich!

(Beifall bei der SPD - Franz Maget (SPD): Ohne uns habt ihr ja gar keine Mehrheit im Bundestag!)

Zurück nach Bayern:

(Zurufe von der CSU)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben noch genug Grund, sich aufzuregen. Das kann ich Ihnen versprechen.

Kommen wir doch einmal zur Kehrseite manch glänzender Medaille in Bayern. Greifen wir einmal das auf, was der Finanzminister zur Situation in Nordrhein-Westfalen gesagt hat.

Zur Situation in Baden-Württemberg sage ich nur eines: Wenn Sie in der Staatsregierung die Lehrer-Schüler-Relation, also das Verhältnis von Lehrern zu Schülern, endlich einmal wie in Baden-Württemberg hinbekämen

(Georg Schmid (CSU): Da baut man doch endlos ab!)

und wenn Sie hinbekämen, dass die bayerischen Kommunen so gut behandelt würden wie die baden-württembergischen Kommunen, dann reden wir in beiden Bereichen weiter; denn bei dem zentralen Bereich der Bildung und bei der kommunalen Unterstützung ist Baden-Württemberg weit vorne.

(Georg Schmid (CSU): Wo wohnen Sie denn?)

Die Erblasten eines Herrn Mappus müssen Sie schon Herrn Mappus und der CDU anlasten, aber nicht der SPD in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): So ein Blödsinn!)

Sie haben zu Nordrhein-Westfalen, zu einem aufgrund der Strukturkrise schwer gebeutelten Land, kritische Worte gesagt.

(Widerspruch bei der CSU)

- Hören Sie doch einmal in aller Ruhe zu! Ich weiß, dass Ihnen das wehtut. - Jetzt frage ich einmal, warum auch in Bayern die wirtschaftliche Schere zwischen den Regionen und den Regierungsbezirken so weit auseinandergeht, wie dies der Fall ist. Der Unterschied innerhalb der Regierungsbezirke Bayerns bei der wirtschaftlichen Entwicklung ist größer als der Unterschied zwischen Bayern und Berlin.

(Georg Schmid (CSU): In Berlin ist alles schlimmer!)

Das Bruttoinlandsprodukt Oberfrankens liegt nur bei 83 % des Bayerndurchschnitts. Oberbayern liegt bei etwa 120 % des Bayerndurchschnitts. Das heißt, die CSU hat es innerhalb ihrer langen Regierungszeit, in ihrer Regierungsverantwortung, also seit über 54 Jahren, nicht geschafft, die wirtschaftliche Schere innerhalb Bayerns näher zusammenzubekommen als die unterschiedlichen Verhältnisse zwischen Bayern und Berlin.

(Georg Schmid (CSU): Das lernt ihr nie! Das lernen die Sozis nie!)

Sie kritisieren andere Bundesländer, schaffen es aber nach 50 Jahren Regierungsverantwortung nicht einmal in Ihrem eigenen Bundesland, annähernd gleichwertige Verhältnisse zu schaffen. Das ist doch der Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Es geht weiter bei der Schere, die Sie völlig außen vor lassen und gegen die Sie kein auch nur irgendwie geartetes Rezept anbieten. In Bayern ist die soziale Herkunft so maßgeblich für den schulischen und beruflichen Erfolg wie in keinem anderen Bundesland. Das wissen Sie. Die bayerische Bildungspolitik zementiert soziale Ungleichheiten, statt sie zu beheben. Die unsozialen, ungerechten Studiengebühren leisten einen weiteren Beitrag dazu. Ich will dies wegen der vorhergehenden bildungspolitischen Debatte nicht weiter ausführen.

Aber zu einem Punkt, bei dem Sie eine maßgebliche Verantwortung haben und bei dem Sie Ihrer Verantwortung nicht gerecht werden, möchte ich schon noch etwas sagen, nämlich zu der Schere bei den Arbeitsverhältnissen. Unsichere, schlecht bezahlte Arbeit nimmt auch in Bayern drastisch und deutlich zu. Jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte arbeitet inzwischen im Niedriglohnbereich. Wir brauchen endlich wirksame Maßnahmen, aber Sie verweigern sich diesen. CSU und FDP verweigern sich einem flächendeckenden Mindestlohn, und sie verweigern sich einem bayerischen Vergabegesetz. Damit subventionieren Sie weiter die wirtschaftliche Ungleichheit, und die Schere bei den Arbeitsverhältnissen wird größer. Damit subventionieren Sie weiter Unternehmer, die Dumpinglöhne zahlen, mit öffentlichen Haushaltsmitteln zulasten sozialer Unternehmer, die normale, vernünftige Löhne zahlen. Das ist Ihre Art und Weise, auf diese wirtschaftliche Schere zu reagieren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir schon bei den Vergleichen sind: Es ist doch eine Tatsache, dass die Altersarmut im Freistaat Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern überproportional hoch ist. Der vom bayerischen Sozialministerium aktuell vorgelegte Bericht zur sozia-

len Lage in Bayern ist doch alarmierend. Wenn in Bayern jeder fünfte Mensch über 65 Jahren von Altersarmut bedroht ist und der Anteil bei den alleinstehenden Frauen sogar bei 28,3 % liegt, dann ist rasches politisches Handeln gefordert. Aber dazu sind Sie nicht in der Lage. Seit über einem Jahr liegen Ihnen, Herr Ministerpräsident, die Empfehlungen der von Ihnen selbst eingerichteten sogenannten Schösser-Kommission vor. Obwohl darin zahlreiche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Prävention von Altersarmut aufgezeigt werden, ignorieren Sie und die Staatsregierung diese Vorschläge. Damit tragen Sie zu einer Vergrößerung der wirtschaftlichen Schere innerhalb Bayerns bei. Das ist ein Umstand, den wir nicht akzeptieren können.

Last but not least ist die Schere zwischen Arm und Reich zu nennen. Herr Söder, Sie haben einen wichtigen Punkt angesprochen. Schauen Sie nur einmal, was sich nach dem Entwurf für den Vierten Armuts- und Reichtumsbericht entwickelt hat: Zwischen 2007 und 2012, innerhalb von wenigen Jahren, hat sich das private Nettovermögen in Deutschland um 1,4 Billionen Euro auf 10 Billionen Euro erhöht. Hinter dieser Zahl steckt eine gravierend ungleiche Verteilung des Privatvermögens. In der gleichen Zeit mussten 40 % der Vollzeitbeschäftigten Verluste beim Einkommen hinnehmen. Die Entwicklung beim privaten Reichtum - das ist vielleicht auch im Zuge der Haushaltplanberatungen wichtig - steht auch in einem deutlichen Kontrast zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Während das Nettovermögen des deutschen Staats zwischen Anfang 1992 und Anfang 2012, also innerhalb von zwanzig Jahren, um 800 Milliarden Euro zurückging, hat sich das Nettovermögen der privaten Haushalte im gleichen Zeitraum von knapp 4,6 Billionen Euro auf 10 Billionen Euro mehr als verdoppelt. Staatliches öffentliches Vermögen geht also zurück, privates Vermögen wächst. Die Rettungsmaßnahmen im Zuge der Finanzkrise haben diese Entwicklung eher forciert, als sie zu korrigieren.

Und jetzt kommt's - wenn man dem Finanzminister zuhört, ist es eine Bestätigung -: CSU und FDP haben nicht nur keine Antwort auf diese Frage, sondern sie vergrößern mit ihrer Politik die Kluft zwischen Arm und Reich. Die CSU hat mit ihrer jahrzehnte-

lang praktizierten Unterbesetzung der Finanzämter auch in Bayern die Steuergerechtigkeit zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Füßen getreten. Herr Söder will erklärtermaßen die Erbschaftsteuer für die Reichen noch einmal halbieren, wodurch die soziale Kluft in Deutschland noch größer wird, und die FDP spielt sich lieber beim Ankauf von Steuerdaten als Verteidigerin der Steuerhinterzieher auf, anstatt wenigstens für die ganz Kleinen und für die ganz unten für Mindestlöhne zu sorgen.

(Beifall bei der SPD)

Solange die FDP in dieser Form mitregiert und solange die CSU so agiert, bekommen wir keine Politik, die diese Schere zwischen Arm und Reich schließt. Darauf kommt es aber uns, darauf kommt es der SPD an.

Nun ein paar Worte zu Ihrem "wunderbaren" Haushaltsplanentwurf, Herr Finanzminister. Er ist - das wissen Sie selbst am besten - im Prinzip eine etwas dicklich gewordene Wahlkampfbroschüre von CSU und FDP. Das, was die Staatsregierung heute der Öffentlichkeit und dem Bayerischen Landtag vorlegt, ist eigentlich gar kein Doppelhaushalt, sondern es ist nur ein Haushalt für das Jahr 2013. Das wissen Sie auch. Es ist eigentlich ein Haushalt bis zum 15. September 2013. Noch genauer: Das ist - das merkt man an allem - ein Haushalt für den 15. September 2013, den Tag der bayerischen Landtagswahl. Danach wird dieser Haushaltsplanentwurf Makulatur sein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Widerspruch bei der CSU - Glocke der Präsidentin)

Das ist ein Wahlkampfhaushalt, mit dem Sie versuchen, die politischen Fehler der letzten vier Jahre auf den letzten Drücker zu korrigieren. Die CSU baut in alter Manier auf die Vergesslichkeit der Wähler; aber das wird Ihnen dieses Mal nichts nützen. Diese Zeiten sind Gott sei Dank vorbei. Die Menschen erkennen, dass Sie nur ein kurzes Wahlkampf-Strohfeuer abbrennen.

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Bevor Sie sich noch weiter erregen: Ein paar Beispiele gefällig? Im öffentlichen Dienst haben Sie in den vergangenen Jahren eine Grausamkeit nach der anderen begangen. Als es aber auf den Wahltermin zuging, hat der Wolf seinen Schafspelz angezogen. Finanzminister Söder ist zu den Beamten gegangen und hat gesagt: Bisher waren wir brutal; ab jetzt sind wir wieder friedlich.

(Zurufe von der CSU)

Die Kürzungen der Doppelhaushalte 2009/2010 und 2011/2012 - Sie wissen selber aus Ihrer örtlichen Arbeit, was im Detail gekürzt worden ist - versuchen Sie jetzt wieder geradezubiegen.

Bei den Kommunalfinanzen ist es das Gleiche. Diese hinkten den Staatsausgaben hinterher. Jetzt versuchen Sie in der letzten Minute, zumindest die Flanke bei den Kommunen zu schließen. Bei den Staatsstraßen war es ganz klassisch. Da waren die Ansätze viel zu niedrig. Jetzt sind wir wieder bei Ansätzen, über die man vernünftig sprechen kann.

(Zurufe von der CSU)

Das beste Beispiel ist das Thema DSL, auf das ich später gerne noch näher eingehe. Warum müssen Sie denn in diesem Doppelhaushalt Millionenbeträge einstellen? Doch nur deshalb, weil Sie das Thema DSL in den letzten vier Jahren nicht so vorangebracht haben, wie es die Bürgerinnen und Bürger in Bayern erwarten, weil Sie bei der DSL-Politik versagt haben und jetzt auf den letzten Metern signalisieren wollen: Es geht voran, das Defizit der letzten vier Jahre wird abgebaut. - Das versuchen Sie mit diesem Haushalt.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Den Unterschied zwischen den Übertragungsgeschwindigkeiten kennen Sie nicht, oder?)

- Lieber Herr Kollege, der Haushalt ist von Unwahrhaftigkeit, auch von Verschleierung und Ablenkung geprägt. Das stellt man vor Wahlen immer wieder fest. Der Finanzmi-

nister schreckt in seiner Rhetorik sogar vor einer glatten Lüge nicht zurück. Bisher waren es immer Äußerungen, die leicht angreifbar waren; aber hier wird das Haushaltsgesetz mit einer Lüge begonnen. Im Vorblatt zum Gesetzentwurf heißt es - - Herr Finanzminister, Ihr Satz, der Ausgleich des Haushalts erfolge zum achten und neunten Mal ohne Einnahmen aus Krediten, ist Ihr politischer Stil. Sie haben keinen Skrupel, diesen Entwurf mit einer Lüge zu beginnen. Sie wissen genau, dass der Freistaat Bayern zwischen 2006 und 2012 jedes Jahr durchschnittlich 1,42 Milliarden Euro Nettoneuverschuldung zu verzeichnen hatte. Selbst wenn Sie die Tilgung des Jahres 2012 abziehen, von der wir nicht wissen, ob sie schon getätigt wurde, sind es immer noch 1,3 Milliarden Euro Nettoneuverschuldung jedes Jahr. Und Sie behaupten, dies sei der achte oder neunte - -

(Georg Schmid (CSU): Wo denn? Sie müssen anders rechnen! Sie rechnen falsch!)

- Ja, klar. Wir rechnen falsch. Rechnen Sie einmal nach, Herr Kollege Schmid. Vielleicht kann Ihnen der Finanzminister dabei Hilfestellung leisten.

(Harald Güller (SPD): Wir haben bei der Landesbank gesehen, wohin es führt, wenn die CSU rechnet!)

Das wird bestimmt sehr instruktiv. Sie behaupten, der Haushalt komme zum achten oder zum neunten Mal ohne Nettoneuverschuldung aus. Tatsächlich sind es jedes Jahr durchschnittlich 1,3 Milliarden Euro gewesen.

Sie versuchen in diesem Haushalt auch, die Folgen der Landesbankaffäre zu verschleiern. Es ist ganz klar, dass sie auch weiterhin die Zukunft des Freistaats Bayern belasten werden, und es ist nach diesem Haushaltsplanentwurf und nach den Informationen zum gegenwärtigen Zustand der Landesbank mit seinen vielen offenen Fragen klar: Diese CSU-Staatsregierung hinterlässt der nächsten Staatsregierung und dem nächsten Parlament eine finanzielle Erblast von dramatischer Dimension.

(Zuruf von der CSU: Mein Gott! - Weitere Zurufe von der CSU)

- Das ist nichts als die Wahrheit. Schauen Sie selbst in den Finanzplan des Finanzministers hinein. Darin steht es. Es ist doch ganz klar, dass die Garantie, die in Höhe von 1,6 Milliarden Euro noch fällig werden wird, die Mindestsumme ist, die wir zahlen müssen. Es ist doch ganz klar, dass weitere Risiken bestehen. Befassen Sie sich einmal mit dem Entwurf des Herrn Staatsministers. Dann werden Sie mir nicht mehr widersprechen können.

(Zurufe von der CSU)

Natürlich ist auch Ablenkung mit dabei. Das Thema des Länderfinanzausgleichs ist doch ganz klar ein Ablenkungsthema. Denn dass die Belastung Bayerns, Baden-Württembergs und Hessens im Rahmen des Länderfinanzausgleichs zu groß ist, dass dieser Beitrag limitiert werden muss, dass der Finanzausgleich anreizgerechter gestaltet werden muss, ist doch eine Position in der Breite dieses Landtags, ist die Position der SPD-Landtagsfraktion.

(Georg Schmid (CSU): Sie unterstützen doch die Klage nicht!)

Nicht unterstützen können wir eine reine Wahlkampfaktion in Form einer Klage, die nur von der Verantwortung der CSU und der politischen Verantwortung dieses Ministerpräsidenten ablenken soll, der den Länderfinanzausgleich ausgehandelt und auf den Weg gebracht hat. Das wissen Sie doch selbst am besten.

(Georg Schmid (CSU): Das ist doch ein Schmarrn! Die Bedingungen waren ganz anders! Das wissen Sie selbst!)

Das war Ihr Finanzausgleich!

(Georg Schmid (CSU): Ich beantrage eine namentliche Abstimmung darüber, ob Sie für diese Klage sind!)

Die Empörung des Finanzministers Dr. Söder richtet sich doch gegen die Regierungspolitik der CSU. Es ist ihr Länderfinanzausgleich. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Da lachen ja die Hühner!)

Wenn Sie vor dem Wahltag von diesem Länderfinanzausgleich ablenken wollen, brauchen Sie nicht zu glauben, dass wir Ihnen zu diesem Ablenkungsmanöver noch die Hand reichen. Das können Sie von uns wirklich nicht erwarten.

(Thomas Hacker (FDP): Ihr kümmert euch um die Renten und macht da eine Rolle rückwärts! - Markus Rinderspacher (SPD): Das werden wir im Wahlkampf verwenden!)

Schauen wir uns einmal den großen Schuldentilgungsplan an, den der Ministerpräsident angekündigt hat. Was ist von dem verbindlichen, durchgerechneten und umfassenden Schuldentilgungsplan, der der präziseste aller Zeiten war, heute übrig geblieben?

(Inge Aures (SPD): Nichts!)

Ein einziger dürrer Satz im Entwurf eines neuen Artikels 18 Absatz 1 Satz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung. Der große Schuldentilgungsplan des Freistaates Bayern lautet - bitte halten Sie sich alle fest - ich zitiere:

Die Verschuldung am Kreditmarkt ist bis 2030 abzubauen; die konjunkturelle Entwicklung ist dabei zu berücksichtigen.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FDP, dieser Satz hat in etwa die Qualität und Verbindlichkeit wie folgender Satz: "Im nächsten Jahr wird das Wetter schöner, und wenn das Wetter schlechter wird, kann man eben auch nichts machen." Dieser Satz hat eine solche Unverbindlichkeit, dass nicht einmal Ihre sonstigen Operationen notwendig sind, um das Haushaltsgesetz auszuhebeln.

(Beifall bei der SPD)

Die politische Fallhöhe zwischen Ihren großen Ankündigungen und der banalen Unverbindlichkeit Ihrer Politik, wie Sie sie hier vorschlagen, könnte nicht größer sein.

(Thomas Hacker (FDP): Wir tilgen Schulden!)

Schauen wir einmal, was Sie bei der Tilgung machen. Schauen wir doch einmal rein.

(Georg Schmid (CSU): Das passt euch auch wieder nicht! Was passt euch überhaupt? Ist es zu wenig?)

- Was uns daran nicht passt, kann ich gleich sagen.

(Thomas Hacker (FDP): Wir tilgen eine Milliarde Euro Schulden! - Georg Schmid (CSU): Ihr hättet das Geld lieber ausgegeben!)

Diese Schuldentilgung ist keine Schuldentilgung. Das wissen Sie selbst am besten. Ich kann es Ihnen auch ganz klar begründen. Sie bezahlen die Schuldentilgung mit der Zerschlagung des Vorsorgesystems für die Beamtenpensionen.

(Georg Schmid (CSU): Das ist doch ein Schmarrn! - Renate Will (FDP): Das eine ist der eine Topf und das andere ein anderer Topf! - Markus Rinderspacher (SPD): Das mit euren vielen Töpfen kapiert sowieso keiner!)

Herr Schmid, Sie haben sich offensichtlich überhaupt nicht mit dem Haushalt befasst. Ich lese Ihnen einmal die Zahlen vor: 2010 haben Sie aus dem Pensionsfonds gegenüber der jetzigen Regelung 35 Millionen Euro herausgenommen.

(Thomas Hacker (FDP): Wir haben nichts aus dem Fonds entnommen!)

2011 waren es 252 Millionen Euro, 2012 sind es 280 Millionen Euro. 2013 kommen 310 Millionen Euro hinzu und 2014 noch einmal 345 Millionen Euro. Insgesamt werden dem Vorsorgesystem, das der Landtag in der letzten Legislaturperiode auf den Weg gebracht hat, allein zwischen 2010 und 2014 insgesamt 1,22 Milliarden Euro ent-

zogen. Nicht getätigte Rückstellungen - das ist eine ökonomische Binsenweisheit, danach können Sie jeden Fachmann fragen - für bereits absehbare Verpflichtungen wie zum Beispiel Pensionsverpflichtungen sind ökonomisch eindeutig neue Schulden. Das heißt, Sie bezahlen die Tilgung von Schulden, die Sie erst vor Kurzem mit zehn Milliarden Euro aufgebaut haben, mit neuen Schulden, indem Sie die Vorsorgesysteme zerschlagen. Wenn das solide sein soll, brauchen wir über Solidität in diesem Hause nicht mehr zu reden.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Haushalt ist und bleibt ein Haushalt der versteckten Verschuldung. Auch das wollen Sie nicht hören, aber es ist die Wahrheit.

(Markus Rinderspacher (SPD): Der Stoiber ärgert sich über euch grün und blau!)

Die versteckte Verschuldung Nummer 1: Sie sorgen nicht mehr für die Pensionsverpflichtungen vor. Die versteckte Verschuldung Nummer 2: Sie leisten nicht mehr für den Bauunterhalt. Er geht um 20 % zurück. Sie stecken nichts mehr in die maroden Straßen. Sie geben nicht einmal mehr etwas aus für kleine Um- und Neubauten, die notwendig wären. Das heißt, Sie leben von der Substanz.

Last but not least - damit komme ich zum Schluss - bedienen Sie sich an den Kommunen.

(Renate Will (FDP): Das stimmt aber wirklich nicht!)

Sie leisten keinen Beitrag dazu, dass sich die bayerischen Kommunen entschulden können. Das wäre das Mindeste, was man von dieser Staatsregierung erwarten muss. Offensichtlich kann man es nicht, wie man auch andere Maßnahmen, die in der Haushaltspolitik erforderlich wären, nicht erwarten kann. Deswegen garantiere ich Ihnen eine engagierte Auseinandersetzung mit Ihrer Haushaltspolitik in der Öffentlichkeit, mit einer Fata Morgana von CSU und FDP. Bei dieser Auseinandersetzung werden wir

deutlich machen, dass Ihre Haushaltspolitik unsolide und nicht auf die Zukunft gerichtet ist.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Kollegin Görlitz von der CSU das Wort.

Erika Görlitz (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Sie erlauben mir, dass ich wieder in unsere bayerische Welt zurückkomme. Herr Halbleib, ich muss ganz ehrlich sagen, dass mich Ihre Rede in weiten Strecken an eine Märchenstunde erinnert hat.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben mit den schlimmsten Bildern ein Schreckgespenst an die Wand gemalt, das mit bayerischen Verhältnissen überhaupt nichts zu tun hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Die Landesbank hat mit bayerischen Verhältnissen nichts zu tun?)

Wir bringen heute den Doppelhaushalt 2013/2014 ein. Für mich ist es eine wahre Freude, wenn ich den kommunalen Finanzausgleich präsentieren darf. Bayern unterstützt seine Kommunen wie kein anderes Land. Das ist Tatsache.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dieser Finanzausgleich ist ein Rekordfinanzausgleich. 7,7 Milliarden Euro bedeuten eine Steigerung von 6,3 %. Es gibt kein anderes Land, das seine Kommunen in der Finanzausstattung so reich unterstützen kann. Das ist einfach Tatsache.

Sie haben gesagt, Baden-Württemberg solle für uns ein glorreiches Beispiel sein. Dazu möchte ich an der Stelle nur eine Zahl nennen: 11.000 Lehrerstellen wurden in

Baden-Württemberg gestrichen. Wenn das in Bayern nur einem Menschen einfallen würde, wäre die Hölle los.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie haben nicht zugehört!)

Wir haben zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. In Baden-Württemberg werden sie gestrichen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der kommunale Finanzausgleich stellt sich in besonderer Weise dar. Man muss auch immer die Voraussetzungen anschauen. Die Kommunen in Bayern stehen mit den Steuereinnahmen weit besser da als der Freistaat Bayern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Fragen Sie einmal Oberfranken, den Landkreis Wunsiedel!)

Ich blicke einmal auf die letzten zehn Jahre zurück. Bei den Kommunen sind die Einnahmen um 56 % gestiegen, während die Einnahmen des Freistaates Bayern nur um 32,3 % stiegen. Auch das ist eine stattliche Summe. Überall dort, wo viel Steuern gezahlt werden, wird auch viel verdient. Unsere Unternehmen und unsere Arbeitnehmer haben sich dies hart erarbeitet und dies auch verdient. Deswegen geht es uns in Bayern um ein ganzes Stück besser als in anderen Ländern.

(Beifall bei der CSU)

Die Kommunen sind bereit und auch in der Lage, die notwendige Infrastruktur für ihre Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Die Investitionsquote der bayerischen Kommunen ist mit 24,9 % doppelt so hoch wie die des Freistaates und liegt damit auf einer wirklich guten Höhe. Hier wird sehr viel für die Kommunen getan.

Auch die Zukunft sieht gut aus. Die Steuerschätzung im Mai hat ergeben, dass im Jahr 2012 bundesweit die Steuereinnahmen der Kommunen um 5,1 % steigen. Bei

den Ländern sind es zwar immerhin 4,4 %, aber lange nicht so viel wie bei den Kommunen.

Der kommunale Finanzausgleich ist gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden in langen Sitzungen so erarbeitet worden, dass beide Seiten gut damit zurechtkommen. Er wird in gewohnt guter Manier umgesetzt. Die Vorstellungen der Kommunen sind im Finanzausgleich gut wiedergegeben; es wird nicht einfach irgendetwas bestimmt. Wir tragen den Bedürfnissen der Kommunen Rechnung.

Vor allem für die kleineren Gemeinden wird es Verbesserungen geben. Das war auch Ziel der Verhandlungen. Für kleine Gemeinden wird die Eingangsstufe der Hauptansatzstaffel von 108 auf 112 % erhöht. Großstädte ab 500.000 Einwohner werden den entsprechenden Zuschlag nicht mehr bekommen. Damit erfolgt eine Verschiebung hin zu den kleineren Gemeinden. Sie zu stärken ist unser erklärtes Ziel.

Zwar haben Kommunen nach wie vor Schulden, aber immer mehr Kommunen sind schuldenfrei; im Jahr 2005 waren es in Bayern 75, im Jahr 2010 schon 187. Mir liegen leider die neuesten Zahlen noch nicht vor.

Dennoch gibt es Kommunen, die von negativen Entwicklungen - zurückgehende Einwohnerzahlen, Einbrüche bei den Gewerbesteuerereinnahmen - betroffen sind. Gerade für diese Kommunen haben wir die Bedarfszuweisungen zur Stabilisierungshilfe ausgeweitet und damit ein wichtiges Instrument geschaffen, um den Kommunen bei der Bewältigung ihrer Probleme zu helfen. Es gibt hier eine gewaltige Aufstockung, von 75 Millionen Euro auf 100 Millionen Euro. Inzwischen sind Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden geführt worden, um auszuhandeln, an welche Bedingungen diese Hilfen geknüpft werden. Man ist übereingekommen, dass man die Vorgaben, die man für die Konsolidierungshilfe gewählt hat, auch hier anwenden will. Die Unterstützung für die Kommunen kann sich durchaus über mehrere Jahre erstrecken. Damit wird ihnen auch langfristig geholfen.

Aber auch die Investitionen sind den kommunalen Spitzenverbänden und dem Freistaat ein wichtiges Anliegen, sodass die Investitionspauschalen erhöht werden. Nach der Aufstockung um 60 Millionen Euro werden in Zukunft 350 Millionen Euro zur Verfügung stehen, um die Investitionskraft der Kommunen weiter zu stärken. Der Mindestbetrag bei durchschnittlicher Umlagekraft wird von 68.000 Euro um ein Drittel auf 90.000 Euro erhöht. Die Obergrenze liegt bei 130.500 Euro; dieser Mindestbetrag kommt Kommunen zugute, deren Umlagekraft je Einwohner unter 50 % des Landesdurchschnitts liegt. Diese Kommunen zu unterstützen ist uns ein sehr wichtiges Anliegen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Halbleib zu?

Erika Görlitz (CSU): Ja.

(Georg Schmid (CSU): Er hat so lange geredet!)

- Eigentlich schon. Aber bitte.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bitte schön, Herr Kollege.

Volkmar Halbleib (SPD): Frau Kollegin, ich habe drei Fragen. Erstens. Sie haben eingeräumt, dass es in Bayern durchaus Regionen gibt, in denen die Kommunen riesige Probleme haben. Worauf führen Sie das zurück? Kann es sein, dass die Struktur- und Regionalpolitik in den letzten Jahren und Jahrzehnten so manche offene Frage hinterlassen hat?

Zweite Frage: Wenn es um die Bedarfszuweisungen geht, würde mich schon interessieren, warum Sie, Frau Kollegin, dem Antrag der SPD-Fraktion, eingebracht in die Beratungen zum Nachtragshaushalt 2012, auf Erhöhung von Bedarfszuweisungen abgelehnt haben, obwohl sie jetzt die Notwendigkeit von Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen betonen.

Drittens. Was sagen Sie den Bürgermeistern der Gemeinden aus dem Landkreis Wunsiedel, aber auch denen der anderen oberfränkischen Landkreise - ich glaube, es sind insgesamt fünf -, die sich an den Finanzminister gewandt haben, weil sie auch mit Stabilisierungshilfen und vielem anderen Drum und Dran die Zukunft ihrer Kommunen nicht mehr gewährleistet sehen, da der Schuldendienst so hoch ist? Für die strukturellen Probleme können diese Kommunen alle nichts. Was sagen Sie diesen Kommunen? Etwa das, was anscheinend aus dem Finanzministerium als Botschaft an diese Bürgermeister zurückging: "Wir erwarten, dass ihr uns für unseren tollen Finanzausgleich auf die Schulter klopf, anstatt uns immer zu kritisieren!"?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Halbleib, das war eine Zwischenbemerkung in Form einer Zwischenfrage. Ich gebe jetzt Kollegin Görlitz wieder das Wort.

Erika Görlitz (CSU): Das war eine sehr lange Frage; die hätte ich fast mitschreiben müssen, Herr Kollege. - Auch Sie wissen, dass morgen eine Anhörung zum kommunalen Finanzausgleich stattfindet. Da werden sicherlich auch diese Fragen angesprochen und beantwortet werden. Ich möchte Sie einfach auf morgen vertrösten. Wir werden sicherlich interessante Dinge erfahren.

Zum anderen muss ich sagen: Bedarfszuweisungen haben bisher im Großen und Ganzen ausgereicht. Wenn es Stabilisierungshilfen gibt, dann gelten ganz andere Bedingungen. So wird verlangt, dass die Kommune einen Plan vorlegt, wie sie in den nächsten fünf Jahren die Finanzen in den Griff bekommen will. Das wird ein Geben und ein Nehmen sein, also Hilfe zur Selbsthilfe. Die Stabilisierungshilfen haben einen ganz eigenen Charakter.

Was die Konsolidierungshilfen angeht, so hat sich gezeigt, dass die Kommunen, wenn man sie unterstützt, durchaus bereit sind, wieder auf eigene Beine zu kommen. Ich bin insoweit ganz guter Dinge.

Es trifft zu, dass manche Kommune besonders stark von Abwanderung betroffen ist. Wir haben in Bayern aber immer noch eine bessere Situation als andere Länder. Unsere Hochschuleinrichtungen sind breit gestreut und auch in ländlichen Regionen vertreten. Das garantiert ein hohes Niveau an Arbeitsplätzen. Ich denke, dass wir auch dort die richtigen Entscheidungen getroffen haben.

Nichtsdestotrotz werden wir im Rahmen unseres kommunalen Finanzausgleichs noch viele Dinge anpacken können. Die Investitionspauschalen habe ich angesprochen; es wird eine deutliche Verbesserung für die Kommunen geben.

Beim Kraftfahrzeugsteuerverbund werden wir bei 51 % bleiben und den Anteil am Kompensationsbeitrag weitergeben. Beim kommunalen Straßenbau legen wir tüchtig drauf; der Ansatz wird um 30 Millionen Euro angehoben. Wir wollen den Kommunen die Möglichkeit geben, ihre Straßen in ordentlichem Zustand zu halten und gegebenenfalls neu zu bauen. Beim Staatsstraßenbau sind es 220 Millionen Euro mehr; darauf wird Kollege Winter noch eingehen. Den Härtefonds, der in ganz besonders schwierigen Situationen einspringt, wird es weiterhin geben.

Der Härtefondsanteil der ÖPNV-Investitionen beträgt im Jahr 2013 67,3 Millionen Euro. Für Straßenbau und -unterhalt stehen 276 Millionen Euro oder 32 Millionen Euro mehr zur Verfügung als 2012. Für Infrastrukturmaßnahmen wenden wir wirklich eine gewaltige Summe auf.

Zur Krankenhausfinanzierung. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, angesichts des hohen Bedarfs und der steigenden Bautätigkeit die bayerischen Kliniken zu unterstützen. Wir haben 70 Millionen Euro draufgelegt. Damit stehen 500 Millionen Euro zur Verfügung, um die Kliniken in Bayern wirklich auf den neuesten Stand zu bringen. Mit diesem Betrag können im nächsten Jahr zahlreiche Baumaßnahmen durchgeführt werden.

Den kommunalen Hochbau möchte ich ebenso ansprechen. Die Mittel dafür werden noch einmal um 30 Millionen Euro auf 376 Millionen Euro erhöht. Wir begrüßen es,

dass unsere Kommunen, unsere Bürgermeister Schulen, Kindergärten und Krippen bauen. Wir unterstützen das voll. Damit durch den Wegfall der Zweidrittelförderbeschränkung bei Kindertageseinrichtungen keine finanzielle Lücke entsteht, haben wir den entsprechenden Betrag noch einmal gewaltig heraufgesetzt. Damit unterstützen wir weiterhin die intensiven Bemühungen um die Erhaltung bzw. Schaffung guter Bildungseinrichtungen. Den Zuschussanteil für die Schülerbeförderung halten wir auf dem Niveau von 60 %; weitere vier Millionen Euro - insgesamt sind es 305 Millionen Euro - werden das sicherstellen.

Die Überweisungen an die Bezirke steigen um 20 Millionen Euro, obwohl sie durch die Übernahme von Kosten der Grundsicherung durch den Bund circa 55 Millionen Euro gewinnen und aufgrund der hohen Umlagekraft neun Prozent mehr Einnahmen erhalten werden. Dennoch haben wir, wie gesagt, noch einmal 20 Millionen Euro draufgelegt, um den Bezirken die Möglichkeit zu geben, die Umlagen zu senken. Das ist in den meisten Bezirken schon passiert. Für den oberbayerischen Bezirk weiß ich definitiv, dass die Bezirksumlage gesenkt wurde. Das sind positive Nachrichten.

An dieser Stelle darf ich feststellen: Der Freistaat Bayern steht zu seinen Kommunen und schafft es immer wieder, gute Voraussetzungen für ein gutes Miteinander zu schaffen. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Manfred Pointner von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Lieber Herr Finanzminister Dr. Söder, ich möchte zunächst auf den Länderfinanzausgleich eingehen, den Sie angesprochen haben. Wir haben heuer im ersten Halbjahr mehrmals in diesem Hause über dieses Thema diskutiert. Das Thema wurde auch vor einem oder zwei Jahren schon einmal angesprochen. Herr Dr. Söder, Sie und der Ministerpräsi-

dent haben angekündigt, dass eine Klage erhoben wird. Davon hört man nichts mehr. Sie sprechen heute davon, dass hier unbedingt was passieren müsste. Wir haben das unterstützt, aber Sie haben bisher nichts getan. Wir halten den Finanzausgleich, wie er von Ihrer Vorgängerregierung ausgehandelt wurde, für ungerecht und erwarten, dass hier etwas passiert. Vielleicht können Sie eine Erklärung dazu abgeben, wie weit der Stand der Dinge ist, bevor wir weiter über dieses Thema diskutieren und nichts geschieht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nun zum Doppelhaushalt 2013/2014. Was die Zahlen betrifft, ist dies ein Rekordhaushalt. Dieser war möglich, weil die Steuereinnahmen in den Jahren 2013 und 2014 voraussichtlich so hoch sein werden wie niemals zuvor. Wir gehen davon aus, dass die Steuerschätzungen, die bisher vorliegen, diese Richtung bestätigen werden. Diese Steuereinnahmen - das ist heute noch nicht konkret angeklungen - haben wir dem Fleiß und der Arbeit unserer Bürgerinnen und Bürger, der Innovationskraft unserer Unternehmen, aber auch den weitsichtigen Planungen in unseren Städten und Gemeinden zu verdanken; denn ohne Gewerbegebiete und ohne Erschließung wären keine Betriebsansiedlungen und keine Arbeitsplätze möglich. Man sollte nicht vergessen, dass in dieser Beziehung in unseren Gemeinden einiges geleistet wurde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Staatsregierung nutzt diese hohen Steuereinnahmen, um einen klassischen Wahlkampfhaushalt vorzulegen. Sie will mit diesem Doppelhaushalt zahlreiche Wünsche erfüllen und vor allem Versäumnisse der Vergangenheit bereinigen. Zudem verspricht sie eine Schuldentilgung bis zum Jahr 2030. Dies alles soll den Eindruck der Nachhaltigkeit und Solidität erwecken, ist aber gerade das Gegenteil. Vor den Wahlen wird nämlich das Geld, das die Steuerzahler erwirtschaftet haben, über das Land ausgeschüttet. Für die Zukunft werden haltlose Versprechungen gemacht. Eine nachhaltige und verlässliche Finanzierung, die bei Zuschüssen für Bau- und Unterhaltsmaßnah-

men so entscheidend zum Gelingen beiträgt, hat es in dieser Legislaturperiode nicht gegeben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Meine Damen und Herren, dieses Versäumnis kann auch jetzt nicht mehr korrigiert werden. Stattdessen befeuert die Staatsregierung das ständige Wechselspiel zwischen Abfinanzierungsstaus und Sonderfinanzierungsprogrammen. Das ist keine vernünftige und schon gar keine nachhaltige Haushaltspolitik. Zwar erfüllt die Staatsregierung jetzt viele Forderungen, die wir FREIEN WÄHLER bereits zu Beginn der Legislatur erhoben haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Für ein Jahr! Das Verfallsdatum steht schon drauf!)

- Für ein Jahr. Wir werden sehen, was nach dem Jahr 2013 kommen wird.

Hätte die Staatsregierung aber auf die FREIEN WÄHLER gehört, hätte sie sich diese durchschaubare Wahlkampfstrategie sparen können. Das gilt insbesondere für die Beamtenstellen in der Justiz und an den Finanzämtern, die jetzt wenigstens im Ansatz geschaffen werden. Auch hier würde eine vernünftige Politik und Personalplanung darin bestehen, kontinuierlich die benötigten Stellen zu schaffen und das Personal ordentlich zu behandeln, anstatt durch kurzfristige Wahlmanöver die Gewogenheit der Staatsbediensteten zu erkaufen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Diese Taktik wird von den Beschäftigten des Freistaats längst durchschaut, und sie wird Ihnen bei der Wahl auf die Füße fallen, insbesondere weil Sie mit der Neuregelung der Pensionsrückstellungen weitere Unsicherheit streuen. Sie haben ein vernünftiges, nachvollziehbares und vorausschauendes Konstrukt sang- und klanglos beerdigt.

Ich komme damit zu den konkreten Politikfeldern, zunächst zum kommunalen Finanzausgleich. Seit wir im Landtag sind, haben wir eine bessere Finanzausstattung der Kommunen gefordert. Beim Anteil der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund hat sich dadurch nach und nach eine Verbesserung für die Kommunen ergeben. Sie haben den Anteil auf jetzt 12,75 % angehoben, obwohl Sie bei der Ablehnung unserer Forderungen in den letzten Jahren ständig darauf hingewiesen haben, dass es den Kommunen sehr gut gehe und dass sie mehr als gut bedient seien. Diese 12,75 % sind ohne Zweifel ein Schritt in die richtige Richtung. Sie können aber noch nicht das Ende sein, weil die Finanzlage in manchen bayerischen Kommunen - nicht in allen - nach wie vor prekär ist. Frau Görlitz, Sie brauchen nur draußen herumzufahren und sich mit den Bürgermeistern zu unterhalten. Wir waren in Oberfranken. Was wir dort gehört haben, stimmt nicht mit Ihrer Aussage überein, dass es den Kommunen in Bayern prächtig geht.

Die Erhöhung der Investitionszuschüsse, die im Finanzausgleich vorgenommen wurde, und die Wiederauffüllung der Krankenhausfinanzierung haben die FREIEN WÄHLER in den letzten Jahren ebenfalls gefordert. Sie haben die Mittel für die Krankenhausfinanzierung gekürzt; jetzt haben Sie sie wieder aufgefüllt. Das Gleiche gilt für die Erhöhung des Sozialhilfeausgleichs bei den Bezirken. Auf den Finanzausgleich werde ich später noch zu sprechen kommen.

Sie haben in diesem Haushalt eine weitgehende Gleichbehandlung der kommunalen und kirchlichen Schulen mit den staatlichen Schulen eingeführt. Auch das haben wir in den vergangenen Jahren ständig gefordert. Weitere Beispiele für Forderungen der FREIEN WÄHLER, die Sie in der Vergangenheit immer abgelehnt haben und denen Sie jetzt nachkommen, sind die regionale Wirtschaftsförderung, der Staatsstraßenbau - allerdings nicht beim Bauunterhalt - und teilweise der Ausbau der Hochschulen sowie Bildungsmaßnahmen in der Jugendarbeit beim Sportstättenbau.

Beim Ausbau der Breitbandversorgung, einer der wichtigsten Infrastrukturmaßnahmen in unserem ländlichen Raum, ist zumindest bei der Bereitstellung von Mitteln etwas

passiert. Allerdings fehlt immer noch, jedenfalls nach unserem heutigen Kenntnisstand, das Programm für die Verteilung dieser Mittel, sodass strukturschwache Gebiete bei diesem Thema nicht vorankommen. Zumindest hat Bad Staffelstein erreicht, dass das Kloster Banz mit Breitband versorgt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Somit konnte die CSU auf ihrer Klausurtagung von der digitalen Zukunft Bayerns schwärmen. Von dieser digitalen Zukunft können allerdings viele Gemeinden in Bayern nur träumen.

Sie haben endlich Ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag zum kostenfreien Kindergartenjahr einigermaßen erfüllt. Bei der Umsetzung knirscht es noch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierungsbank und den Regierungsfractionen, was ich gerade aufgeführt habe, klingt zunächst gut und schön. Das bedeutet aber nicht, dass wir die Hände zufrieden in den Schoß legen und diesen Doppelhaushalt freudig abnicken könnten. Der Haushaltsplan ist nicht nur da, um über das Land zu fahren und Geschenke zu verteilen, zum Beispiel den Konzertsaal in Nürnberg, den Ausbau der Festung Marienberg in Würzburg oder das Museum der Franken. Man kann darüber diskutieren; das ist überhaupt keine Frage. Man kann sich mit dem Thema beschäftigen. Aber nach meiner Meinung - ich denke, das müsste auch Ihre Meinung sein - müsste erst das Parlament über die Einstellung der Mittel entscheiden, bevor man sie verteilt.

Der Haushaltsplan ist das Werkzeug zur Verteilung der Mittel, die dem Staat vom Steuerzahler zur Verfügung gestellt werden. Die Verteilung - darauf haben unsere Steuerzahler einen Anspruch - muss gerecht sein. Der Haushalt muss gegenüber den einzelnen Regionen in Bayern gerecht sein, gegenüber den strukturschwachen im Vergleich zu den starken Regionen. Er muss gegenüber den Menschen in Bayern, gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern gerecht sein, gerecht gegenüber denen, denen es gut geht, und denen, denen es nicht so gut geht.

Der Staat muss auch gegenüber den Generationen gerecht sein, gegenüber der jetzigen Generation im Vergleich zu den nachfolgenden Generationen. Die Generationengerechtigkeit ist vor allem deshalb wichtig, weil wir durch den gigantischen Ressourcenverbrauch, den wir alle momentan verursachen, die Möglichkeiten und Chancen der nachfolgenden Generationen permanent einschränken. Es darf nicht sein, dass wir, nur damit es uns gut geht, Lasten in die Zukunft verschieben.

Zur Gerechtigkeit zwischen den Generationen gehört zweifelsfrei auch der Schuldenabbau. Allerdings halten wir nichts davon, wenn in der Haushaltsordnung steht, dass bis 2030 - das betrifft den allgemeinen Haushalt, also beispielsweise nicht die Landesbankgeschichte - die Schulden auf null zurückgeführt werden müssen.

Das Ziel ist richtig. Aber wenn es schon eine gesetzliche Regelung gibt, dann müsste es im Haushaltsgesetz entsprechende Vorschriften geben, die den Weg zum Ziel beschreiben und "Leitplanken" setzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn bei den vorauszusehenden höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten alljährlich jeweils 500 Millionen Euro und Beträge in Höhe der eingesparten Zinsen getilgt werden, dann erscheint es nicht glaubwürdig, dass das Ziel der Schuldenfreiheit im Jahr 2030 ernsthaft verfolgt wird. Wenn man jedes Jahr 500 Millionen Euro und den Betrag der eingesparten Zinsen und Zinseszinsen tilgt, dann kommt man in den nächsten 17 Jahren - so viel Zeit haben wir noch bis 2030 - nur auf ungefähr die Hälfte des Schuldenstandes von zurzeit zwischen 20 und 22 Milliarden Euro.

(Zuruf von der CSU: Sie wissen aber nicht, wie sich das Zinsniveau entwickelt!)

- Wie sich die Zinsen entwickeln, kann keiner sagen. Ich gehe einmal von 3 % aus; das ist für den Staat sehr günstig gerechnet. Über den Zinssatz können wir nachher noch reden.

(Zuruf von der CSU: Aber die Rechnung stimmt doch nicht!)

- Ich war im Kopfrechnen gut. Die Rechnung stimmt doch. Sie brauchen es bloß nachzurechnen.

Alle Unwägbarkeiten, die die Zukunft bringen kann, sind natürlich nicht eingerechnet. Der ESM ist schon genannt worden. Die Bundesrepublik soll zunächst für 190 Milliarden Euro haften; das Wort "haften" muss man wohl in Anführungszeichen setzen. Wenn allerdings die Hebelung käme, die jetzt im Gespräch ist, besteht ein erheblich höheres Risiko, weil 190 Milliarden Euro vorrangig haften. Der Haftungsfall für die 190 Milliarden Euro kann viel schneller eintreten.

Bei der EZB wird ein weiteres Risiko geschaffen. Es wurde schon angesprochen. Dieses Risiko ist überhaupt nicht abschätzbar. Bei meiner Rechnung müsste man derartige Unwägbarkeiten mitberücksichtigen.

Ich komme zurück zur bayerischen Schuldentilgung. Ich möchte hier nicht missverstanden werden. Ich fordere nicht, dass ein höherer Betrag eingesetzt wird, es sei denn, die Steuerschätzungen im November oder das Jahresergebnis 2012 ergeben weitere Spielräume. Ich stelle nur fest, dass es höchst unglaubwürdig ist, wenn Sie ein Ziel formulieren, es aber nicht konsequent verfolgen.

Wir fordern auch schon deshalb momentan keine höhere Tilgung, weil Ihr Haushaltsentwurf erhebliche Mängel hinsichtlich der vorhin genannten Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit aufweist.

Als Erstes darf ich Bildung und Erziehung nennen. Im Doppelhaushalt wird zwar Geld eingesetzt, um einiges zu verbessern, aber es bestehen nach wie vor erhebliche Defizite, die es verhindern, unseren Kindern und Jugendlichen Chancengleichheit zu gewährleisten. Gerade auch in diesem Bereich sind wir als eines der im Ländervergleich reichsten Länder Deutschlands keineswegs im Spitzenfeld zu finden.

Bei Bildung und Ausbildung ist die Chancengleichheit zwischen Kindern, die aus sozial schwächeren Familien kommen, gegenüber den Kindern aus bessergestellten Fa-

milien nicht gegeben. Wir müssen schon bei den Kindertagesstätten ansetzen, wenn wir hier eine Verbesserung erreichen wollen. Auf jeden Fall brauchen wir eine Qualitätsverbesserung, um allen Kindern die gleichen Chancen für ihr Leben zu geben. Dies gilt vor allem - das wissen wir - für Kinder mit Migrationshintergrund und für Kinder mit Entwicklungsdefiziten.

Herr Ministerpräsident, es wäre besser und vernünftiger, das von Ihnen geforderte Betreuungsgeld für eine Verbesserung der Betreuungsqualität in den Kindertagesstätten einzusetzen, als es mit der Gießkanne über das Land zu verstreuen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zwar wird das Betreuungsgeld aus Bundesmitteln gezahlt. Aber es dürfte keine große Schwierigkeit sein, die Mittel zur Verbesserung der Betreuung in den Kindertagesstätten über die Länder auf die Kommunen umzuschichten.

Den nächsten Handlungsbedarf sehen wir in den Schulen. Die Ganztagschulen müssen weiter ausgebaut werden, um vor allem zu erreichen, dass möglichst viele Schüler einen Abschluss erreichen und damit die Chance bekommen, eine Berufsausbildung zu durchlaufen. Es darf nicht hingenommen werden, dass ein relativ hoher Prozentsatz der Schülerinnen und Schüler keinen Schulabschluss erhält und dann auch keine Berufsausbildung bekommen kann.

Ich bin immer wieder bei Verabschiedungen aus der Berufsschule oder bei der Freisprechung von Junghandwerkern dabei. Da beobachte ich, wie wenig Kinder mit Migrationshintergrund überhaupt die Abschlüsse erreichen.

Weiter nenne ich die Hochschulen. Wir fordern nach wie vor die Abschaffung der Studiengebühren. Bayern ist nun bald das letzte Land, das weiterhin Studiengebühren erhebt. Wir sehen hierin eine Ungerechtigkeit gegenüber unseren Studenten, aber auch eine Beeinträchtigung der Chancengleichheit. Denn Studiengebühren halten junge Leute immer wieder davon ab, ein Studium aufzunehmen.

Nun zu den Kommunen. Der Finanzausgleich funktioniert gut. Er kann aber sicher noch verbessert werden. Bevor ich auf Einzelheiten eingehe, möchte ich Sie, Herr Ministerpräsident - er unterhält sich gerade, aber er kriegt es wohl schon mit -, nochmals eindringlich auffordern, alles zu tun, dass das versprochene Bundesleistungsgesetz endlich vorankommt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben dies der Bundeskanzlerin im Rahmen der Verhandlungen über den Fiskalpakt abgerungen. Aber ich habe den Eindruck, dass in letzter Zeit nichts mehr vorangegangen ist. Angeblich hat man es auf die Zeit nach 2013 verschoben.

Fakt ist, dass die Steigerungen bei der Eingliederungshilfe, die hauptsächlich die Bezirke zu tragen haben, mehr oder weniger die zusätzlichen Finanzausgleichsleistungen auffressen, sodass die Kommunen, die über Umlagen den Bezirk finanzieren, unter dem Strich genauso oder noch schlechter dastehen als vorher.

Wenn vorher Vergleiche mit anderen Bundesländern angestellt worden sind, muss man natürlich auch die unterschiedlichen Strukturen sehen. Sozialleistungen werden in anderen Bundesländern zum Teil von den sogenannten Landschaftsverbänden erbracht. Dabei gibt es auch staatliche Gelder. Man muss somit alle Fakten einrechnen, die die Kommunen besserstellen.

Unabhängig vom Bundesleistungsgesetz sind nach wie vor Verbesserungen im kommunalen Finanzausgleich erforderlich. Die Kommunen fordern seit Langem eine Anhebung des Kommunalanteils am Steuerverbund auf 15 %. Wir wollen natürlich nicht sofort so weit gehen, aber wir denken, dass diese Angleichung nach und nach erfolgen sollte. Wie das Geld im Detail eingesetzt werden soll, muss dann natürlich verhandelt werden. Morgen haben wir auch eine Anhörung zum kommunalen Finanzausgleich.

Nach wie vor - das ist heute schon angesprochen worden - haben die Gemeinden, die von starker Abwanderung betroffen sind, erhebliche Probleme, ihre Haushalte auszugleichen. Zwar sind im Finanzausgleich 2013 die Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen auf 100 Millionen erhöht worden, aber über die Wirkung und Verteilung dieser Mittel besteht noch erhebliche Unsicherheit.

Nicht zufriedenstellend ist für die Kommunen nach wie vor der Zuschuss des Staates für die Schülerbeförderung und die Beteiligung der Kommunen an den Kompensationszahlungen des Bundes für die Kfz-Steuer. Sie haben zwar hervorgehoben, dass der Anteil an der Kfz-Steuer jetzt bei 51 % liegt und der Zuschuss zur Schülerbeförderung 60 % beträgt, aber ich muss doch immer wieder daran erinnern, dass der Zuschuss zur Schülerbeförderung ursprünglich bei 80 % lag und der Anteil an der Kfz-Steuer bei 65 %. Das haben Sie gekürzt und nie wieder angehoben.

Nachhaltiges Wirtschaften und die Lasten nicht in die Zukunft zu verschieben, bedeuten auch, sich rechtzeitig um das Vermögen des Staates zu kümmern. Das gilt insbesondere für den Bauunterhalt an staatlichen Straßen und Gebäuden. Der Rechnungshof stellt hier immer wieder erhebliche Mängel fest, die nur nach und nach ausgeglichen, aber nicht entscheidend verbessert werden. Im Ergebnis sind teure Sanierungen nötig oder, im Falle von Gebäuden, ein Abbruch und eventuell ein kostspieliger Neubau. Auch hier gibt es zwar etwas mehr Geld, das aber bei Weitem nicht ausreicht, um die Unterlassungen der Vergangenheit zu beheben. Gerade bei der jetzt guten Finanzsituation des Staates müsste ein deutliches Zeichen gesetzt werden, dass es der Staat mit der Substanzerhaltung seines Vermögens ernst meint.

Zusätzliche Mittel sind auch für die Energiewende notwendig. Ein ganz wichtiger Baustein der Energiewende ist die Energieeinsparung. Die energetische Sanierung staatlicher Gebäude und die Unterstützung der Sanierung kommunaler Gebäude müssen uns hier ein besonderes Anliegen sein. Gerade das Konjunkturpaket II hat gezeigt, dass hier erheblicher Handlungsbedarf besteht. Auch dafür sollten zusätzliche Mittel eingesetzt werden.

Beim Personal der Finanzämter - das wurde schon angesprochen - hat die Staatsregierung zwar nachgebessert. Allerdings sind mehr Stellen notwendig, um den dringenden Bedarf abzudecken. Die Ausbildung von Finanzanwärttern muss noch verstärkt werden. Auch das ist eine Investition in die Zukunft; denn vom Rechnungshof wird immer wieder festgestellt, dass jeder Finanzbeamte, der zum Beispiel in der Prüfung tätig ist, ein Mehrfaches dessen für den Staat erbringt, als er selbst kostet.

Für die Justiz ist im Doppelhaushalt zwar eine Verbesserung zu sehen, aber der Bedarf ist noch nicht gedeckt. Ein funktionierendes Rechtswesen ist für unsere Wirtschaft ein wichtiger Standortfaktor, der uns gegenüber vielen Konkurrenten in der Welt Vorteile bringt. Bei den Rankings der besten Investitionsstandorte für internationale Unternehmen spielen Rechtssicherheit und ein Rechtswesen mit relativ kurzen Verfahrensdauern eine ganz wichtige Rolle.

Ein besonderes Kapitel sind der Versorgungsfonds und die Versorgungsrücklage. Sie wollen den Versorgungsfonds und die Rücklage aufheben und stattdessen einen Pensionsfonds einführen. Die Einzahlungsbeträge in diesen Fonds liegen aber weit unter denen, die für den Versorgungsfonds und die Versorgungsrücklage vorgesehen waren. Der Zweck des Versorgungsfonds und der Versorgungsrücklage, die zusätzlichen Belastungen für den Staatshaushalt aufzufangen, wenn ab Mitte 2020 die Zahl der Pensionisten erheblich ansteigen wird, kann mit diesem Pensionsfonds nicht erreicht werden; das ist jetzt schon absehbar, meine Damen und Herren. Das heißt, dass ab diesem Zeitpunkt auf den Staatshaushalt erhebliche zusätzliche Belastungen zukommen werden. Je nach finanzieller Lage, die wir jetzt noch nicht abschätzen können, wird es heftige Diskussionen darüber geben, ob die Pensionen für die Beamten gerechtfertigt sind oder ob die Beamten in dieser Zeit diese Pensionslasten durch entsprechende Kürzungen ihrer Beamtengehälter tragen sollen.

Zum Schluss darf ich noch auf die Einnahmenseite eingehen. Ein Thema, das ich immer gerne anspreche: Obwohl es angekündigt war, ist die Darlehensrückführung durch die Flughafen München GmbH an den Freistaat und an die anderen Gesell-

schafter - Letzteres können wir natürlich nicht in unserem Haushalt verbuchen - nicht vorgesehen. Auch das werden wir einfordern, wobei wir nicht eine bestimmte Zweckbindung vorschlagen, sondern diese Mittel für den allgemeinen Staatshaushalt vorsehen, aus dem sie schließlich gekommen sind. Dazu müsste nach unserer Auffassung die Flughafen München GmbH, nachdem es ihr ihren eigenen Angaben zufolge wirtschaftlich sehr gut geht, eine Gewinnausschüttung mindestens in der Höhe der dann eingesparten Zinsen an den Freistaat leisten. Das wäre ein bescheidener Ausgleich dafür, dass die Flughafen München GmbH einen Betrag von fast einer Milliarde an Zinsen eingespart hat, weil sie einen für einen Darlehensnehmer einmaligen Darlehensvertrag erhalten hat. Sie muss nämlich nur dann Zinsen für das Darlehen zahlen, wenn sie Gewinne macht.

Ich will noch kurz die Kapitalaufstockung des Flughafens Nürnberg ansprechen, die auch im Haushaltsplan enthalten ist. Diese Kapitalaufstockung wird aus dem Grundstock vorgenommen. Ich kann Ihnen prophezeien, dass das Grundstockvermögen, das eigentlich nicht angetastet werden soll, um diesen Betrag geschmälert wird, wenn die Konkurrenzfähigkeit des Flughafens Nürnberg nicht gestärkt wird. Der Ausbau des Flughafens München durch die dritte Startbahn ist zwar meines Erachtens vom Tisch, aber wenn die Staatsregierung dieses Ziel weiterhin langfristig verfolgt, werden sich die Fluggesellschaften in der Hoffnung, dass sie irgendwann einmal für Punkt-zu-Punkt-Verbindungen Slots bekommen, nicht anderen Flughäfen zuwenden, zum Beispiel Nürnberg, um die Urlauber in die Urlaubsgebiete - Antalya oder Mallorca - zu bringen.

Zuletzt möchte ich noch eine besondere Eigenart ansprechen, die mir aus anderen Haushalten nicht bekannt ist. Das ist das Spielgeld für die Abgeordneten, diese 40 Millionen, die im Haushalt ausgebracht worden sind. Es ist unglaublich, dass hier Beträge ohne eine bestimmte Zweckbindung ausgewiesen werden, damit jeder Abgeordnete - natürlich nur die Abgeordneten der Koalition - in seinem Stimmkreis den Wählern ein Wunschprojekt verkaufen kann. Wir werden natürlich versuchen, diese Mittel auch in

Anspruch zu nehmen. Wir werden dann sehen, ob es eine Art Gleichbehandlung der Abgeordneten gibt.

Zusammenfassend kann man sagen: Die Staatsregierung gibt das Geld der Steuerzahler mit vollen Händen aus, ohne die richtigen und nachhaltigen Konzepte für die Zukunft Bayerns zu haben. Die Menschen im Freistaat dürfen nach dieser Politik nach Kassenlage nicht darauf vertrauen, dass diese Staatsregierung kontinuierlich an der Verbesserung ihrer Zukunftschancen arbeitet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Pointner. Als Nächste hat Frau Kollegin Claudia Stamm von den GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Bayern steht gut da; daran gibt es keinen Zweifel. Man muss aber nicht besonders genau hinschauen, um die riesigen Berge an versteckten Schulden zu sehen, um zu sehen, dass die Staatsregierung keine Vorsorge für die Zukunft trifft, also auf Kosten unserer Kinder haushaltet, dass es die PR-Abteilung ist, die im Haushalt am besten funktioniert, und dass die Tilgung aller Schulden allein aus den Rücklagen passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man muss nicht besonders genau hinschauen, um zu erkennen, dass dieser Doppelhaushalt als reiner Wahlkampfhaushalt aufgestellt ist.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Man sieht, dass falsche bzw. keine Prioritäten gesetzt werden, und man sieht leicht, dass das Landesbankdebakel wieder einmal unter den Teppich gekehrt wird. Man sieht, dass der Schuldenabbau bis 2030 nichts weiter als ein prosaischer Satz im

Haushaltsgesetz ist; Kollege Volkmar Halbleib hat das schon angesprochen. Dieser Haushalt ist alles andere als nachhaltig und gerecht.

Ich könnte Sie allerdings zuerst einmal auch loben, weil sie in punkto Steuerverwaltung tatsächlich endlich einmal auf uns gehört haben.

(Beifall des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

Bayern stellt im Zeitraum dieses Doppelhaushalts zwar Anwärter und Anwärterinnen für die Finanzverwaltung ein - wir haben das jahrzehntelang gefordert, und Finanzminister Söder hat uns GRÜNEN offenbar endlich zugehört -, aber das geschieht erstens viel zu spät.

(Volkmar Halbleib (SPD): Und viel zu wenig!)

Zweitens ist es eine aufholende Entwicklung, wie man es in den Entwicklungsländern nennt, und außerdem geht diese Entwicklung in Bayern viel zu langsam und zu widerwillig voran.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen nämlich drittens noch sehr viel mehr Personal in der Steuerverwaltung. Bislang nehmen wir im Vergleich zu den anderen Bundesländern wirklich in jedem Punkt den allerletzten Platz ein. Dabei will doch Bayern immer spitze sein.

Es sind immer noch viel zu wenige. Deshalb werden wir in den Beratungen zu diesem Doppelhaushalt mit unseren Anträgen weiter Druck machen. Denn Bayern kann mehr. Mantramäßig betonen wir, dass Beamte und Beamtinnen der Finanzämter den Staat nichts kosten, vielmehr bringen sie dem Staat ein Vielfaches dessen, was sie an Personalkosten verursachen.

Bayern hat bislang mit seiner Politik indirekt eine Standortpolitik und Wirtschaftsförderung betrieben, um Millionäre nach Bayern zu locken. Vielleicht gibt es ja jetzt ein Einsehen, wenn das auch wie immer viel zu spät kommt.

Ein anderes Beispiel sind die Krippen. Früher war es Teufelszeug.

(Volkmar Halbleib (SPD): Genauso war es!)

Auch hier hat Ihnen unser jahrelanger Druck geholfen, endlich die bayerische Wirklichkeit wenigstens ansatzweise wahrzunehmen, so, wie sie ist, und nicht, wie Sie sie gerne hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE können das eben besser.

Beispiel Atomkraft. Zunächst war Ihre unbedingte Haltung: Ohne Atomkraft würden Deutschland und Bayern als Industriestandorte zusammenbrechen. Dann, nach dem schrecklichen Gau in Fukushima, tat die CSU so, als ob sie die treibende Kraft beim Atomausstieg sei. Wenn der Anlass nicht so tragisch gewesen wäre, gäbe das viel Grund zur Erheiterung. Es ist eine geradezu bizarre Selbsteinschätzung; das zeigt sich, wenn man genauer hinsieht. Ihre Energiewende ist mehr Schein als Sein. Nein, es ist nicht nur mehr Schein als Sein, sondern der Schein ersetzt das Sein in Gänze.

Es ist schon darauf hingewiesen worden: Bayern braucht eine stärkere energetische Sanierung der staatlichen Gebäude. Ich sage, wir brauchen keinen neuen Straßenbau, sondern eine komplett andere Verkehrspolitik, um die Energiewende hinzubekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

All dies sind nur einige Beispiele, die zeigen, wie spät und widerwillig die CSU akzeptiert, wo der Hase langläuft. Doch Bayern hat Besseres verdient; Bayern kann mehr. Wir wollen und werden Bayern nachhaltiger und gerechter gestalten. Wir wollen einen ehrlichen Haushalt. Transparenz und Wahrheit sind die Grundpfeiler eines jeden Haushalts. Dieser Haushalt ist alles andere als ehrlich, genauso wie Ihre Politik auf der großen Ebene auch. Wir haben uns lange anhören müssen, wie Sie Politik betrei-

ben; das scheint zum Markenzeichen der CSU zu werden. Wir nehmen die Euro-Rettungsmaßnahmen und das, was Sie dazu gesagt haben, als Beispiel. In Brüssel schreit die CSU - namentlich Herr Ferber - Hurra. In Berlin stimmen Sie alle bis auf ein paar wenige Rebellische unter Ihnen zu und hier in München müssen wir uns populistische, tumbe Sprüche anhören, und das nicht nur in Interviews im Sommerloch, sondern auch hier im Plenum, Herr Minister Söder!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei Ihrer Rede gerade habe ich mir überlegt, ob der Haushaltsausschuss nicht bereits heute im Bierzelt ist und nicht erst morgen Abend, wozu Sie uns eingeladen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern hat nach Jahren tatsächlich wieder einmal rechtzeitig den Haushalt aufgestellt, nämlich bereits vor dem Jahr des Inkrafttretens. Dafür ein ganz dickes Lob an den neuen Finanzminister. Nachdem sein Vorgänger Fahrenschon offiziell zu den Sparskassen ging und dort Präsident geworden ist, ist Minister Söder bei all dem Hin und Her in der Nachfolgesuche zunächst nur eine Notlösung gewesen. Zumindest wirkte dieses Hin und Her so. Wenn man sich nun ansieht, wie der oberste Herr im Finanzministerium mit dem Geld der Steuerzahler umgeht, ist es tatsächlich eine Notlösung. Herr Söder nutzt das Finanzministerium als Ort, um sich selbst zu präsentieren. Es hat sich dort ein Imagewandel ohne Ende vollzogen. Sieht man sich die Webseiten an, findet man keine Zahlen, was man bei einem Haushalt eventuell erwarten könnte, sondern man sieht ein Foto von Minister Söder nach dem anderen: einmal mit Schwänen in einer Grotte, einmal hier, einmal dort.

(Alexander König (CSU): Nur kein falscher Neid! - Volkmar Halbleib (SPD): Eine Oase der Erholung!)

Es wirkt wie eine Werbeseite für eine Versicherung: statt dem netten Herrn Kaiser jetzt der nette Herr Söder. Das ist die neue Webseite des Finanzministeriums.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit nicht genug. Nach den diversen Finanzempfängern, die unter einem Markus Söder neu eingeführt wurden - auch das eine Möglichkeit, sich zu produzieren und zu profilieren -, wird soeben einmal eine neue Titelgruppe in dem Haus im Einzelplan 06 eingeführt, um Orden und Nadeln zu verleihen. Genauer weiß man allerdings nicht.

Finanznadeln, überreicht von Minister Söder? Oder gibt es künftig den Orden für einen reuigen Steuersünder, der aus der Schweiz zurückkehrt? Werden damit vielleicht auch die Beamtinnen und Beamten entlohnt, die trotz des Personalmangels und der hohen Arbeitsdichte jahrzehntelang anständig bis sehr gut geprüft haben, wie es der Ländervergleich zeigt? Oder gibt es vielleicht sogar Unternehmen, die kommen und sagen: Hören Sie mal zu. Wir sind so und so lange nicht mehr geprüft worden, wollen aber Steuern zahlen, weil wir wissen, dass unsere Solidargemeinschaft genau davon lebt, dass wir Steuern zahlen, in Straßen investieren und auch genügend Lehrerinnen und Lehrer bezahlen müssen?

Solidarität ist das Stichwort für Ihr Wahlkampfgerassel. Was wollen Sie eigentlich, Herr Minister Söder und Sie, Herr Ministerpräsident Seehofer? Aus Europa und aus der Bundesrepublik aussteigen? Wird Bayern sich auf eine Insel verlagern oder wird Bayern dann zu einer einsamen Insel? Was glauben Sie, wer in der Welt, in Deutschland dann noch die bayerischen Autos kaufen wird? Bayern lebt doch von den Exporten und seinem Image. Das geht aber nicht mit Ihren tumben Sprüchen.

(Reserl Sem (CSU): Wenn Sie doch nicht alles kaputtreden wolltten!)

Soweit denken Sie überhaupt nicht, weil Sie sowieso nur an das Wahljahr denken und an Ihre PR.

Auch wir GRÜNE wollen einen anderen Länderfinanzausgleich, aber es muss ein gerechterer für beide Seiten, für Nehmer- und Geberländer sein, einer, der Anreize schafft, tatsächlich Steuern zu erheben und auch in Bayern für Steuergerechtigkeit zu

sorgen. Hören Sie bitte mit Ihren tumben Sprüchen auf. Der Länderfinanzausgleich ist bescheuert, das stimmt. Aber erarbeiten Sie endlich ein Konzept, verhandeln Sie mit den anderen Bundesländern. Handeln Sie tatsächlich so, als ob wir in einer Solidargemeinschaft lebten. Kommen Sie nicht immer mit Ihrem dummen Wahlkampfgerassel daher und reden Sie nicht immer von Klagen, ohne dass überhaupt etwas da ist, geschweige denn eine Klageschrift existiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Public relations, das ist das, was gut in der bayerischen Haushaltspolitik funktioniert, spätestens seit Herr Söder der oberste Dienstherr im Finanzministerium ist. Da geht es mehr um Schein als um Sein. Der Posten für die Öffentlichkeitsarbeit ist in allen Einzelplänen gestiegen. Sein eigener Einzelplan ist jetzt im Wahljahr sogar um das Vierfache erhöht worden. Wer da Böses denkt!

Das, was wir in den Händen halten, ist ein Wahlkampfhaushalt. Die Ausgaben sollen um zwei Milliarden steigen. Das haben wir bereits gehört. Wenn man die Geschichte der Haushalte anschaut, sieht man: Das hat Tradition. Besser erkennt man es noch, wenn man die Ausgaben für die Investitionen ansieht. Der erste große Anstieg lag im Jahre 2002. Wir erinnern uns: Edmund Stoibers Kanzlerkandidatur stand bevor. Die Ausgaben sind damals auf knapp fünf Milliarden Euro gestiegen.

Dann kam die Landtagswahl 2003; damals stiegen die Ausgaben nochmals auf 5,1 Milliarden. Nun könnte man sagen, Ausgaben für Investitionen seien gut für unser Land. Aber warum fallen sie im Jahre 2004 dann rasant auf vier Milliarden zurück? Das ist durchsichtig. Die Ausgaben sinken dann weiter bis zur Landtagswahl im Jahre 2008. Zur Landtagswahl 2008 stiegen sie wieder an. Aber vielleicht sind sie nicht genügend gestiegen und vielleicht ist damit auch die Niederlage des damaligen Ministerpräsidenten aus Franken zu erklären. Also nicht die Dirndlverweigerung seiner Frau oder irgendwelche Zwei-Maß-Sprüche oder seine Herkunft, sondern einfach weil im

entsprechenden Haushalt nicht genügend Geld für den Wahlkampf, fürs Ausgeben bereitgestellt war, um Wohltaten im Land verbreiten zu können.

Für diese Wahl haben Sie nun gut vorgesorgt. Im Haushaltsjahr 2013 steigt das Investitionsvolumen massiv an. Wir liegen jetzt mit dem neuen Entwurf bei 5,7 Milliarden Euro. Die Staatsregierung setzt mit diesem Haushaltsentwurf auf Wachstum, Wachstum, Wachstum. Immer höher, weiter, schneller, ganz nach Ihrem Motto, Herr Minister Söder. Aber passen Sie auf, nicht zu hoch hinaus zu wollen, denn Sie könnten sonst möglicherweise wie Ikarus verbrennen. Bei Wikipedia ist zu lesen, der Ikarus-Mythos werde im Allgemeinen so gedeutet, dass Absturz und Tod des Übermütigen die Strafe der Götter für seinen unverschämten Griff nach der Sonne sind.

(Beifall bei den GRÜNEN - Volkmars Halbleib (SPD): Das war der Guttenberg!)

2013 passiert der Glaube an Wachstum, Wachstum, Wachstum, ohne Umstrukturierungsvorschläge in diesem Haushaltsentwurf, mit Geschenken unterm Arm und einem auch noch ausgeglichenen Haushalt. Im Jahre 2014 ist die Wahl vorbei. Der Haushalt wächst weiterhin um 1,5 Milliarden Euro. Allerdings wird dieser Haushalt bereits mit einem Finanzierungssaldo von 215 Millionen Euro veranschlagt. Das bedeutet, die Einnahmen decken nicht die Ausgaben. Das muss man sich einmal vergegenwärtigen: Die Staatsregierung, die Steuern ohne Ende einnimmt und posaunt, dass wir in 18 Jahren schuldenfrei sind, und sich als Oase der Stabilität verkauft, stellt nach der Wahl einen Haushalt auf, der einen Finanzierungssaldo aufweist.

Schauen wir uns einmal die Rücklagen an. Das ist bereits angesprochen worden. Diese schmelzen nicht wie das Eis in Zeiten des Klimawandels, sondern tatsächlich wie Speiseeis in der Sonne. Ende des Jahres 2011 betrug der Stand der Rücklagen 3,7 Milliarden Euro. Nach der Wahl beträgt der Stand der Rücklagen nach ihrer eigenen Haushaltsaufstellung 2,2 Milliarden Euro. Der Rücklagenstand wird im Jahre 2014 voraussichtlich 1,8 Milliarden Euro betragen. Konkret bedeutet das: Die Staatsregierung haushaltet auf Kosten unserer Kinder. Ich vermisse schon die Unruhe. Wie kann

man so etwas sagen? Wie kann man im Hinblick auf die Schuldentilgung davon sprechen, dass wir auf Kosten unserer Kinder haushalten? Sie tilgen jedoch auf Kosten der zukünftigen Generationen. Die Tilgung lässt sich gut verkaufen. Das ist eine bessere PR-Geschichte. Auf diese Weise wird man gerne und gut landauf und landab gefeiert, anders als wenn man zum Beispiel den Pensionsfonds anständig bedienen würde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was passiert im Jahre 2030, wenn wir auch nach Ihren eigenen Berechnungen sechs bis sieben Milliarden Euro alleine an Pensionsverpflichtungen haben werden? In 18 Jahren müssen wir alleine für die Pensionen, nicht für die Beamten im Dienst, sechs bis sieben Milliarden Euro aufbringen. Was wird dann passieren? Mit einer Schuldenbremse, die zu diesem Zeitpunkt in Kraft treten wird, dürfen eigentlich keine Nettokredite aufgenommen werden. Das sind keine Umstände, die nicht vorhersehbar gewesen wären. Es handelt sich auch nicht um Notfälle. Lieber Herr Söder, Ihren Kindern wird nichts anderes übrig bleiben, als Kredite aufzunehmen, um die Beamtinnen und Beamten im Ruhestand zu versorgen. Das ist allerdings nicht die ganze Wahrheit. Die ganze Wahrheit lautet: Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, so wie Sie haushalten und wirtschaften, müssen zwangsläufig die Pensionen gekürzt werden. Es wird nicht anders funktionieren. Diese Wahrheit sollten Sie Ihren Beamtinnen und Beamten einmal sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wer heute einen Pensionsfonds auflöst - das machen Sie mit Ihrem Gesetzentwurf -, diesen vorgestern erst eingeführt und gestern bereits nicht mehr bedient hat, der muss seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Wahrheit sagen und ehrlich sein. Wenn man schon über Gerechtigkeit und Wahrheit redet, muss man dem einfachen Polizisten, der auf der Straße Schichtdienst leistet und Streife fährt, sagen: Wir werden uns deine Pension nicht leisten können. Denken Sie an die nachfolgenden Generatio-

nen und sorgen Sie einigermaßen für das, was die Beamten im Ruhestand kriegen werden. Lösen Sie den Pensionsfonds nicht auf, sondern lassen Sie ihn in voller Höhe weiterlaufen. Ziehen Sie Ihren Gesetzentwurf zur Auflösung des Fonds zurück. Haushalten Sie endlich wirklich generationengerecht und nicht nach kurzfristigen Show- bzw. PR-Effekten heischend.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dieses Jahr tilgen Sie gut 500 Millionen Euro Schulden. Das nehmen Sie aus der Rücklage, um damit andere Verbindlichkeiten zu bedienen. Das ist ein Taschenspielertrick. Das muss man noch einmal betonen: Sie sparen gar nicht, ganz im Gegenteil. Der Haushalt wächst und wächst und wächst. Die Tilgung erfolgt auf Kosten der Rücklagen. Sie verfrühstücken unsere Rücklagen und sorgen trotzdem nicht nachhaltig und gerecht für die Zukunft vor. Bayern kann aber mehr. Bayern hat mehr verdient.

Sie tilgen Ihre Schulden auf Kosten der Vorsorge für die Beamten. Sie tilgen Schulden auf Kosten unserer Studierenden in Bayern. Bayern steht als vorletztes Land fast alleine da und hält starr an den Studiengebühren fest. Investieren Sie lieber in die Zukunft und tun Sie etwas dafür, dass der Abschluss eines Kindes auch in Bayern nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Um nachhaltig zu haushalten, muss der Haushalt umstrukturiert werden. Es müssen Prioritäten gesetzt werden. Das vermisst dieser Haushalt wie jeder Haushalt vorher.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Zuruf des Abgeordneten Ernst Weidenbusch (CSU))

Wir setzen ganz klare Prioritäten. Wir schichten im Haushalt zugunsten der Energiewende, der Inklusion und der Bildung um. Bildung heißt bei uns von ganz klein bis inklusive Studium. Deswegen sind wir für die Abschaffung der Studiengebühren und mehr Grundlagenforschung - nicht so viele kleine Geschenkchen, nicht so viele Mittel für irgendwelche Projekte, die aus dem Einzelplan 07 bedient werden und im Rahmen derer man im Jahre 2013 einen Spatenstich nach dem anderen setzen kann.

Sie setzen entweder keine oder die falschen Prioritäten. Wer profitiert denn von Ihrem angeblich kostenfreien Kindergartenjahr? Heute war es schon ein bisschen ehrlicher. Sonst ist es immer als kostenfreies Kindergartenjahr verkauft worden. Es ist eben nicht kostenfrei. Die Beiträge werden lediglich reduziert. Genau diejenigen, die sich die reduzierten Beträge leisten können, profitieren davon. Diejenigen, die wenig verdienen, bezahlen entweder gar nichts oder fast nichts für den Kindergarten.

Grundsätzlich wollen wir auch, dass die Vorschule kostenfrei ist. Selbstverständlich ist das unser Fernziel. Man muss mit dem Geld, das man hat, jedoch haushalten. Momentan müssen wir in die Qualität investieren, in einen anderen Stellenschlüssel. Und wir müssen es auch endlich schaffen, eine bessere Bezahlung und Anerkennung von Erzieherinnen und Erziehern hinzukriegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Und das ist für mich ganz klar, und sagen Sie nicht wieder: Das geht nicht. Nehmen Sie endlich das Geld von Ihrem Projekt "CSU-allein-Zuhause"; es ist definitiv so: Sie sind ganz allein auf weiter Flur - CSU allein zu Hause. Wirtschaftsverbände, katholische Verbände und alle sagen, dieses Betreuungsgeld ist widersinnig und setzt die falschen Anreize. Falsches wird dadurch nicht besser, dass man weiteren Kuhhandel betreibt. Nehmen Sie das Geld und geben Sie es den Fachkräften, die für unsere Kinder verantwortlich sind. In dieser Verantwortung müssen Sie endlich einmal entsprechend bezahlt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN - Zuruf des Abgeordneten Johannes Hintersberger (CSU))

- Ich verstehe Sie nicht. Das ist wahrscheinlich auch besser.

Schuldenfrei im Jahre 2030 - das ist ihr leeres Schlagwort. Ein wichtiger Pfeiler ist dabei die Kosteneinsparung beim Personal. Wie soll das denn gehen? Personalabbau funktioniert nur mit Aufgabenkritik. Machen Sie das endlich. Sie ziehen wieder nach

Artikel 6 b des Haushaltsgesetzes Personal ein und prüfen nicht, ob der Mensch gebraucht wird oder nicht. Das ist keine Personalpolitik, die Sie betreiben. Auch wir wollen einen schlanken Staat, aber nur, wenn es sinnvoll ist. Deswegen werden wir im Laufe der Doppelhaushaltsberatungen einen Antrag stellen, mit dem wir Sie auffordern, endlich Ihrer Aufgabe nachzukommen. Sie sollen prüfen, an welchen Stellen Personal benötigt wird, und dieses nicht einfach pauschal nach Artikel 6 b des Haushaltsgesetzes einkassieren. Wir werden auch wieder den Antrag stellen, dass der Landtag - -

Heute habe ich viel über das Selbstbewusstsein eines Parlaments lesen können. Wir werden mit unserem Antrag dazu auffordern, dass sich der Landtag endlich an seinen eigenen Beschluss halten soll, nämlich genügend Geld für den Bauunterhalt einzustellen. Im Jahre 1999 hat dieses Hohe Haus das beschlossen. Es hat beschlossen, endlich mehr und genug Geld für den Bauunterhalt einzustellen. Mit dem letzten Doppelhaushalt ist das einkassiert, 20 % pauschal rasiert worden. Mit diesem Doppelhaushalt wird das nicht nachgeholt. Tun Sie dies endlich. Damit verkommen unsere Gebäude und unser Eigentum.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auffällig ist, dass relativ viel Geld in den Bauunterhalt der Schlösser- und Seenverwaltung fließt. Dies würde ich grundsätzlich für gut befinden, wenn ich nicht vermuten müsste, dass dieses Geld für Fotoposier-Aktionen auf der Website des Finanzministeriums dienen soll. Aber egal, auch da sehen wir das Gute. Wir wollen unser Kulturerbe erhalten. Das ist die ureigenste Aufgabe des Staates. Die Priorität muss auf Erhalt und Sanierung und nicht auf Neubau, Neubau, Neubau gelegt werden. Sie können sich aussuchen, welche drei Projekte ich damit meine.

Das Absurdeste, was den Bauunterhalt anbelangt, werden wir diese Woche im Haushaltsausschuss beraten. Der Staat verkauft tatsächlich einen Turm für einen Euro an eine Gemeinde, weil dieser so baufällig ist, dass ihn niemand mehr betreten darf.

Warum ist der Turm so baufällig? Es ist kein Bauunterhalt angesetzt worden. Das ist wirklich unglaublich. Es ist noch nicht einmal geprüft worden, ob es weiterhin Staatsbedarf gibt oder nicht. Dieser Turm ist einfach so baufällig, dass der Staat ihn nicht mehr sanieren möchte. Deswegen drückt man ihn an eine Gemeinde für einen Euro ab. Jetzt ist ein Museum drin. Diese Geschichte zeigt, dass es uns auf lange Sicht auf die Füße fällt, wenn wir Gebäude nicht unterhalten. Diese versteckte Verschuldung kommt uns teurer. Das, was Sie tun, ist alles andere als nachhaltiges Haushalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bis zu diesem Punkt ging es mir nur um die Ausgaben. Die Ausgaben, die der Staat tätigt, müssen sinnvoll sein und die Ausgaben, die der Staat macht, müssen sich auf Staatsaufgaben beziehen. Dort muss genau hingeschaut werden. Es sollten nicht merkwürdige Projekte gefördert werden, die in den Aufgabenbereich der Industrie fallen. Derartige Projekte sollten nicht wahlkampfbedingt in den Haushalt geschrieben werden.

In diesen Tagen wurde über den Armutsbericht diskutiert. Die Zahlen haben wir bereits vom Kollegen Halbleib gehört. Es ist eine Diskussion über die Einnahmenseite und darf bei einer Haushaltsdebatte auch nicht fehlen. Versuchen Sie bitte nicht wieder eine Steuersenkung ohne Gegenfinanzierung. Wir brauchen die Einnahmen, um die Aufgaben des Staates zu erfüllen. Schließen Sie sich auf Bundesebene einer sinnvollen Bundesratsinitiative an, wie es die eines rot-grün-orange-geführten Bundeslandes ist, nämlich eine Vermögensabgabe einzuführen. Es schadet nicht, sich öfter einer sinnvollen Bundesratsinitiative - Stichwort Frauenquote - anzuschließen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber auch hier werden Sie schon noch merken, wo der Hase langläuft. Es reicht nicht, nur das Jahr der Frauen auszurufen und das war es dann. Oder vielleicht ja eine ... naja, das lass' ich jetzt hier. - Nein, lieber nicht.

Es gibt viele Menschen mit Vermögen und Reichtum, die sich beteiligen wollen und die sagen: Wir wissen, dass der Staat Geld braucht. Sie wollen sich beteiligen, damit die öffentlichen Aufgaben erfüllt oder Schulden abgebaut werden können. Sie wollen sich aber nur dann beteiligen, wenn sie wissen, dass das Geld in richtigen und guten Händen ist.

Zum Schluss noch eine kleine Anekdote: Als ich in den Haushaltsausschuss nachgerückt bin, saßen wir am Frühstückstisch. Als ich darüber geredet habe, hat mich meine große Tochter ernsthaft gefragt: Musst du, wenn du in den Haushaltsausschuss gehst, da auch putzen? Erst mal hab ich natürlich geschmunzelt. Ich finde aber, sie hat tatsächlich gar nicht unrecht, weil dieser Haushalt, der Doppelhaushalt 2013/2014, viel Anlass zum Aufräumen und zum ordentlich Rauskehren gibt. Einmal mehr haben Sie den Haushalt nicht aufgeräumt, Sie haben nicht geputzt, sondern überall ein bisschen mehr draufgesattelt, überall noch ein bisschen mehr, damit im großen Wahljahr landauf, landab die Wohltaten verteilt werden können und ein Spatenstich nach dem anderen getan werden kann. Aber Bayern kann mehr, nämlich auch nachhaltig und gerecht haushalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin Stamm, auch für Ihre interessanten Einblicke in die Arbeit des Haushaltsausschusses. Als Nächster hat Herr Kollege Karsten Klein von der FDP das Wort.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute über den Entwurf des Doppelhaushalts 2013/2014. Wir diskutieren über einen Entwurf. Dieser Entwurf, der hier vorgelegt wird, ist der erste mit einem echt ausgeglichenen Haushalt. Es darf uns alle mit Freude erfüllen, dass wir es geschafft haben, in dieser Legislaturperiode nicht nur ausgeglichene Haushalte, das heißt Haushalte ohne Neuverschuldung, vorzulegen, sondern auch, einen Haushalt in das Parlament einzubringen, der echt ausgeglichen ist. Es war nicht immer einfach,

den Geist in den Haushaltsverhaltungen aufrechtzuerhalten, der an die künftigen Generationen und eine solide Haushaltspolitik erinnert. Man darf an dieser Stelle durchaus sagen, dass die FDP einen direkten Anteil daran hatte, dass dieser Geist wach gehalten wurde.

(Beifall bei der FDP)

Der Rücklagenstand ist nach vor hoch. Wir werden am Ende dieses Doppelhaushalts immer noch Rücklagen und Reserven im Umfang von 2,3 Milliarden Euro haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Gespeist aus der Landesbank!)

Wir kennen die vom Obersten Rechnungshof angestoßene Diskussion, wonach die vom Freistaat Bayern angehäuften Rücklagen zu hoch sein sollen. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns für gute Zeiten wappnen und die Rücklagen hochhalten. Wichtig ist aber auch, mehr darüber hinaus zu tun. Sie werden in diesem Haushalt auch die Fortsetzung dessen finden, was in Bayern und Europa einzigartig ist, nämlich die Schuldentilgung. Wir tilgen auf der Grundlage dieses Haushalts nochmals über eine Milliarde Euro. Damit - das ist unser und mein erklärtes Ziel - werden wir am Ende der Verhandlungen soweit sein, dass wir die Rückzahlung dieser Schulden auf den Weg gebracht haben, nachdem wir 10 % Haushaltsschulden 2008 übernommen haben, nämlich 21,6 Milliarden Euro. Das ist ein großer Erfolg dieser Koalition aus CSU und FDP.

(Beifall bei der FDP)

Nichts macht die Unterschiede zwischen den Politikansätzen von Grün-Rot und Schwarz-Gelb deutlicher als Schuldenpolitik und Staatsverschuldung. Baden-Württemberg war eine Perle der deutschen Industriekultur, die eine schwarz-gelbe Regierung dort abgeben musste.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Klein, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Halbleib zu?

Karsten Klein (FDP): Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu.

In der Zeit mit den besten Steuereinnahmen bringt es Grün-Rot in Baden-Württemberg fertig, 3 Milliarden Euro Neuverschuldung auf den Weg zu bringen. Während in Baden-Württemberg 3 Milliarden Euro Neuverschuldung auf den Weg gebracht werden, tilgen wir in Bayern über 2 Milliarden Euro.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): 10 Milliarden habt ihr aufgenommen!)

Zwischen 3 Milliarden Euro Neuverschuldung in Baden-Württemberg bei Grün-Rot und 2 Milliarden Tilgung in Bayern - Schwarz-Gelb - liegen 5 Milliarden Euro. Das sind Welten in der politischen Kultur.

(Beifall bei der FDP)

Unsere Strategie ist klar: Basierend auf einem ausgeglichenen Haushalt haben wir die Struktur des Haushalts klar vor Augen. Indem wir die Schulden tilgen und damit strukturelle Ausgaben zurückfahren, stärken wir die Investitionskraft und die Investitionsmöglichkeiten des Freistaats. Wir investieren in Bayern wie kein anderes Land in die Zukunft.

Das alles ist natürlich kein Selbstzweck. Mit diesen Investitionen stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Bayern in Bezug auf die Unternehmen und die Arbeitsplätze. Diese Wettbewerbsfähigkeit ist ausschlaggebend für das, was Sie immer wieder negativ darstellen - Kollegin Stamm hat es gerade wieder getan -, nämlich das Wachstum. Ohne Wachstum ist der Erhalt des Wohlstands in diesem Land nicht möglich. Das ist es, was die Bürgerinnen und Bürger interessiert.

(Beifall bei der FDP)

Es geht um den Wohlstand, der hier über Jahrzehnte erarbeitet worden ist. Dafür leisten wir mit unserer Politik die Rahmenbedingungen und bilden ein solides Fundament.

Dieses Wachstum sorgt für Wohlstand und bildet die Grundlage für unser politisches Handeln, nämlich die Steuereinnahmen für den Freistaat zu sichern. Dabei schließt sich der Kreis. Sie stellen dabei fest, dass wir als einzige Kraft einen ganzheitlichen politischen Ansatz verfolgen, anstatt nur markante Schlagzeilen zu produzieren.

(Beifall bei der FDP)

Diese Erfolge, die ich gerade angeführt habe und die Ihnen vielleicht nicht schmecken, lassen sich messen. Wenn Sie auf die Internetseite des Steuerzahlerbundes in Bayern gehen, dann werden Sie dort eine Schuldenuhr sehen, die aktuell beim Zuwachs der Schulden eine Null aufweist. Das ist nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland einzigartig: eine Schuldenuhr, die nicht weiterläuft. Wenn der Steuerzahlerbund am Ende des Jahres noch die Milliarde abzieht, die wir getilgt haben, dann ist es das erste Mal, dass in einer solchen Größenordnung eine Schuldentilgung vorgenommen worden ist. Das ist sehr erfreulich und ein guter Tag für Bayern.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Wie viel Zinsen sind bei der Landesbank aufgelaufen?)

Der Erfolg ist auch beim Finanzierungssaldo messbar. Der Finanzierungssaldo aus dem Regierungshandeln der FDP ist positiv. Das ist ein Alleinstellungsmerkmal, und zwar nicht nur in Bayern, sondern auch in Deutschland und Europa. Einen ausgeglichenen Haushalt und einen positiven Finanzierungssaldo werden Sie nirgends anders finden.

(Beifall bei der FDP)

Unsere Politik hat die Handlungsfähigkeit zukünftiger Generationen, den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger und die Handlungsfähigkeit der aktuell Regierenden und unserer Kollegen im Bayerischen Landtag im Blick. Das zeigt der Haushaltsentwurf 2013/2014. Er ist eine Etappe unseres politischen Handelns in der Regierungsarbeit, die sich noch einige Jahrzehnte hinziehen wird. Lassen Sie mich kurz an dieser Stelle

auf ein paar gemeinsame Erfolge dieser Koalition eingehen, die in diesem Haushaltsentwurf sichtbar werden. Ich finde, es ist gut, dass Sie an dieser Stelle äußerst nervös werden. Ich kann Ihnen nur zurufen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition: Ihre Nervosität ist berechtigt. Sie werden auch die nächsten zehn Jahre noch auf der Oppositionsbank sitzen.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich kurz einige FDP-Erfolge schildern. Zunächst möchte ich auf das Feld der Familienpolitik eingehen. Die Familien haben jegliche Unterstützung von uns verdient. Gerade die jungen Familien in Bayern sind es, die das Rückgrat unserer Leistungsträger bilden. Es ist deshalb richtig, dass wir mit diesem Haushalt, mit dem Nachtragshaushalt 2012 und dem Doppelhaushalt, den Startschuss für das kostenfreie letzte Kindergartenjahr geben.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben lange dafür kämpfen müssen und viele Zahlen diskutiert. Ab 01.09.2012 gibt es im letzten Kindergartenjahr 50 Euro für die Familien und im nächsten Jahr, ab 01.09.2013, 100 Euro. Das ist ein guter Tag für die Familien in Bayern.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte den Ausbau der Krippenplätze erwähnen, der hier schon oft genannt wurde. Wir haben eine beispiellose Aufholjagd mit dieser Staatsregierung aus CSU und FDP gestartet.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Sind wir im Jahr 2008 noch mit einer Mittelausstattung von 13 Millionen Euro gestartet, so liegen wir heute im Doppelhaushalt bei 436 Millionen Euro.

(Beifall bei der FDP)

Das sind Steigerungen von über 400 Millionen Euro, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein wirklicher Kraftakt. Wem die Millionenzahlen zu schwer verständlich sind, für den will ich aufzeigen, wie sich die Betreuungsquote entwickelt hat. Die Betreuungsquote, die wir 2008 in der Koalition vorgefunden haben, lag bei 13 %. Wir werden, und das ist die klare Botschaft und die Leistung dieser Koalition, nach den Hochrechnungen am Ende des nächsten Jahres bei 38 % liegen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, als sich die Bundesrepublik Deutschland auf den Weg gemacht hat, die Betreuung der Kinder unter drei Jahren in die Hand zu nehmen, war man in der Bundesrepublik der Meinung, dass Bayern keinen Wert über 31 % erreichen werde. Wir erreichen aber nicht nur das bundesdeutsche Ziel, sondern wir liegen auch bei Weitem über diesem Ziel.

(Volkmar Halbleib (SPD): Durch die sozialdemokratischen Kommunen! Schauen Sie beispielsweise mal nach München!)

Wer jetzt noch glaubt, dass man für diese Leistung kein engagiertes und überzeugtes politisches Handeln benötigt, der weiß nicht, in welcher Welt wir leben.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben zum wiederholten Mal den Anstellungsschlüssel und damit die Betreuungsqualität in den Krippen- und Kindereinrichtungen verbessert. Wir haben die Ganztagsangebote mit diesem Haushaltsentwurf auf über 4.700 erhöht. Dafür werden wir noch einmal zusätzlich 427 Millionen Euro in die Hand nehmen. Das zeigt, dass der Weg, den diese Koalition aus FDP und CSU eingeschlagen hat, richtig ist. Wir sind nicht der Meinung, dass wir den Menschen und den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern vorgeben, wie sie ihr persönliches und ihr gesellschaftliches Leben zu organisieren haben, sondern wir nehmen die Entwicklung in der Gesellschaft ernst, greifen die Probleme auf und transferieren sie in politisches Handeln. Das ist doch der Kraftakt dieser Koalition!

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Und was ist mit dem Betreuungsgeld?)

Wir Liberale sind da sicher unverdächtig. Ein weiterer sehr großer Erfolg ist im Bereich der Hochschul- und Wissenschaftspolitik gelungen. Wenn man sich überlegt, dass wir in den letzten vier Jahren 53.000 zusätzliche Studienplätze geschaffen haben, mit diesem Doppelhaushalt jetzt noch einmal 10.000, dann kann man sich vorstellen, was das für eine Leistung ist. Das ist der größte Anstieg aller Zeiten in Bayern. Zeigen Sie mir ein Bundesland, das mit Bayern vergleichbar wäre! Das schafft weder Nordrhein-Westfalen noch Baden-Württemberg. Kein anderes Bundesland hat diesen Kraftakt auch nur annähernd geleistet. Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, hier ist Bayern mit seinem Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch und seinen Hochschulen spitze. Deshalb geht mein Dank an Wolfgang Heubisch, der heute nicht da sein kann, für diese hervorragende Arbeit.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Weil der früher angefangen hat!)

Es geht um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, das erwähnte ich schon. Es geht um die Arbeitsplätze hier in Bayern. Das darf man nicht vergessen. Dafür tun wir eine ganze Menge. Wir investieren erhebliche Mittel beispielweise in den Technologietransfer, weil die Bürgerinnen und Bürger in Bayern von uns nicht nur eine Debatte über die Ängste beim Thema Globalisierung erwarten, sondern weil sie Antworten erwarten. Wir als FDP-Fraktion haben diese Antwort. Ein Teil der Antwort heißt: Wir machen den Unternehmen ein Angebot, damit sie mit der Hochschule vor Ort ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern, sich weiterentwickeln können. Wir machen dieses Angebot, und dafür setzen wir in diesem Doppelhaushalt noch einmal 200 Millionen Euro zusätzlich ein. Für die Forschungseinrichtungen, die mit dem Bund zusammen finanziert werden, stellen wir noch einmal 150 Millionen ein. Das macht insgesamt 350 Millionen Euro. Wir sprechen heute über den Staatshaushalt, da darf man schon einmal ein paar Zahlen nennen. Das haben einige vielleicht vergessen. Wir bringen also 350 Millionen Euro in diesem Bereich auf den Weg, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu unterstützen.

Wir sehen uns die Wettbewerbsfähigkeit auch an anderen Stellen an, beispielsweise im Hinblick auf den Breitbandausbau, der hier auch schon einmal erwähnt worden ist, allerdings vielleicht mit einer etwas falschen Bemerkung. Wir jedenfalls haben von Anfang an erkannt, dass es in Bayern Regionen gibt, in denen es Marktversagen beim Breitbandausbau und beim schnellen Internet geben wird. Wir haben von Anfang an verstanden, dass wir dafür ein Förderprogramm brauchen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Das brauchen wir, um das zu regeln, was an dieser Stelle der Markt nicht regeln kann. Es ist deshalb Martin Zeil zu danken, der engagiert ein Förderprogramm auf den Weg gebracht hat, mit dem wir Ende letzten Jahres eine Grundversorgung mit einem flächendeckenden Internetausbau realisieren konnten.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das ist wohl ein Wunschtraum! - Volkmar Halbleib (SPD): Seit einem Jahr warten wir darauf!)

Wir verstärken diese Anstrengungen jetzt noch einmal mit über 400 Millionen Euro, um gerade in den Bereichen, in denen unsere einheimischen Gewerbe vor Ort sind, mit dem schnellen Internet eine Versorgung zu generieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Programme, die wir auf den Weg gebracht haben, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, sind in der Bundesrepublik Deutschland beispiellos.

Wir arbeiten auch in einem dritten Bereich, und zwar bei der Energiewende. In dieser Frage sind viele auf einem etwas schlingernenden Kurs unterwegs. Es gibt bei der Energiewende eine klare Aufgabenteilung. Unsere Aufgabe ist es in erster Linie, Unterstützung bei der Energieforschung, bei der Speichertechnologie und bei der Technologieforschung zu leisten. Dafür geben wir jetzt allein 260 Millionen Euro aus. 140 Millionen Euro gehen allein in diesen Forschungsbereich. Wir arbeiten mit unserem Wirtschaftsminister Martin Zeil, dem ich an dieser Stelle auch recht herzlich danken will, an gesicherten, zukunftsfesten Rahmenbedingungen. Das ist richtige, engagierte Wirtschaftspolitik. Sie erleben Sie hier in Bayern seit vier Jahren.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind ein starker Partner der Kommunen. Wir haben einen kommunalen Finanzausgleich auf Rekordniveau mit 7,7 Milliarden Euro. Damit manche Kollegen nicht wieder auf dem Weg der Fehlinterpretationen wandeln können: Das sind 21,3 % unserer prognostizierten Steuereinnahmen. Wir statten unsere Kommunen finanziell nicht schlechter als andere Bundesländer aus.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das könnte Bayern schon lange tun!)

Ich habe dieses Mal auch die Anfrage von Herrn Kollegen Rinderspacher dabei. Bevor hier wieder falsch zitiert wird, bitte ich Sie, auf Seite zwei zu sehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dort ist klar festgehalten, dass Bayerns Kommunen bei der Pro-Kopf-Verschuldung auf Platz zwei in der Bundesrepublik liegen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Nach Baden-Württemberg!)

Den bayerischen Kommunen geht es gut. Wir leisten einen erklecklichen Beitrag dafür, dass es den Kommunen gut geht. Diese Staatsregierung ist ein starker Partner der Kommunen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist wichtig, den Sachverhalt anzuerkennen, dass es in Regionen Bayerns schwache Kommunen gibt. Es gibt strukturell schwach aufgestellte Kommunen, die man unterstützen muss. Wir haben deshalb die Stabilisierungshilfen im aktuellen Entwurf noch einmal auf 100 Millionen Euro ausgeweitet.

Auch über den Personalbereich wurde schon einiges gesagt. Wir haben eine richtungweisende Änderung vorgenommen. Wir haben die Versorgungsproblematik, die Versorgungsausgaben, die drückend auf uns zukommen, neu geordnet. Dazu haben wir den aktuellen Versorgungsfonds und die Versorgungsrücklage zusammengeführt und nicht aufgelöst, auch nicht geplündert, wie Frau Kollegin Stamm das hier skizziert hat,

sondern wir haben die Mittel zusammengelegt und damit erhalten. Wir nehmen keine Mittel heraus.

(Volkmar Halbleib (SPD): Natürlich tun Sie das!)

Wir werden in den nächsten Jahren in diesen neuen Fonds je 100 Millionen Euro zusätzlich einlegen. Das Ganze basiert auch auf einem Konzept, denn wir werden damit ab 2023 in der Lage sein, Mittel aus diesem Fonds herauszunehmen, um die Versorgungsausgaben zu dämpfen. Ab 2030 werden wir, auch das haben wir festgelegt, die Milliarde nehmen, die wir nicht mehr für Zinszahlungen brauchen, weil wir bis dahin die Schulden getilgt haben - darauf haben wir uns verständigt -, um die Pensionen zu bezahlen. Damit stellen wir uns hinsichtlich der Generationengerechtigkeit besser als im jetzigen System, in dem im Saldo maximal 600 Millionen Euro aus dem Fonds in den Staatshaushalt geflossen wären. Schauen Sie sich die Zahlen an: 1 Milliarde Euro zu 600 Millionen Euro macht bei mir eine Verbesserung in der Generationengerechtigkeit von 400 Millionen Euro. Ich denke, das kann sich sehen lassen.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Wir halten auch Wort, egal ob es um die Absenkung bei der Eingangsbesoldung geht, um die Wiederbesetzungssperre, die wir wieder auf drei Monate zurückführen, oder um die Wochenarbeitszeit, die auf 40 Stunden reduziert wird. Alles das, was wir angekündigt und gemeinsam entschieden haben, ist in diesem Haushalt niedergelegt und mit Finanzmitteln in nicht unerklecklichem Maße hinterlegt.

Es ist richtig, dass wir diese Botschaft aussenden: Wir sind ein starker Partner der Kommunen. Aber wir wissen auch, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Beamtinnen und Beamten ein wichtiger Teil des Freistaats Bayern sind; denn ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst ist nun einmal das Rückgrat der Staatsverwaltung.

Wenn das Ganze, was wir für die Wettbewerbsfähigkeit bisher investiert haben, noch untermauert werden muss, dann möchte ich Ihnen einmal einen kurzen Überblick über

die Programme geben. In Bezug auf die Programme, die wir neben den normalen Mitteln im Haushalt auf den Weg gebracht haben, gibt es kein anderes Bundesland in Deutschland, das neben seinem normalen Haushalt einen solchen Kraftakt auf den Weg bringt. Wir haben mit dem Programm "Aufbruch Bayern" 1 Milliarde Euro in die Zukunft investiert. Wir haben Programme im Bereich Energie, Bildung und ländlicher Raum auf den Weg gebracht, die schon jetzt insgesamt 2,1 Milliarden Euro betragen. Das sind insgesamt 3,3 Milliarden Euro neben den normalen Haushaltsausgaben, die wir in die Zukunft dieses Landes investieren. Das ist die Stärke und macht die Stärke Bayerns aus.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Auch diese Erfolge lassen sich wieder messen: Erstens. Die Investitionsquote, die 2008 bei 12 % und 2012 im Westdurchschnitt bei 9,9 % lag, werden wir mit 12,2 % im nächsten Jahr gegenüber 2008 nicht nur noch steigern; wir liegen auch noch immer weit über 2 % über dem Westdurchschnitt. Bei allem, was hier geredet und kritisiert wird, macht das deutlich: Wir sind an der Spitze, wenn es um Investitionen in die Zukunft geht; denn diese Investitionsquote ist ja nicht von uns erfunden worden.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der FDP: Wir sind überhaupt spitze!)

Ein Zweites, womit sich unsere Arbeit messen lässt: Die Deutsche Forschungstiftung hat vor Kurzem eine Erhebung gemacht, wie die Professoren und die Hochschulen die Entwicklung, die Veränderungen an den Hochschulen bewerten. Da liegt Bayern über den Zeitraum der letzten vier Jahre an der Spitze. Das macht noch einmal deutlich, wie erfolgreich die Wissenschaftspolitik in Bayern in den letzten Jahren war: Sie war auf diesem Feld in Deutschland spitze.

Ein Drittes, das ich an dieser Stelle noch erwähnen möchte, ist das Bundesländerranking, das von der Initiative "Neue Soziale Marktwirtschaft" erstellt wird. Natürlich haben wir dort Bestnoten beim Bestandsranking. Wir haben unter den Westländern aber auch Bestnoten beim Dynamikranking. Das sage ich gleich, nicht dass nachher

wieder falsche Interpretationen bei einigen auftauchen. Wir haben Bestnoten in beiden Bereichen. Das zeigt noch einmal, dass wir die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt haben. Wem das noch nicht reicht, der sollte einmal das nachlesen, was dort festgehalten ist, nämlich dass Bayern am besten aus der Krise herausgekommen ist.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Jeder, der davon redet, dass die wirtschaftliche Situation in Bayern, das Wirtschaftswachstum, die guten Zahlen bei der Jugendarbeitslosigkeit usw. von Gott gegeben sind, hier vorhanden waren und nicht durch die Rahmenbedingungen gesetzt worden sind, die wir in dieser Staatsregierung erreicht haben, der sollte sich einmal vor Augen führen: Wir sind aus der Krise am besten herausgekommen, weil wir die richtigen Rahmenbedingungen und die richtigen Akzente setzen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf von der FDP: Weil wir die richtige Politik gemacht haben!)

Dieser Haushalt ist nach den Haushalten, die wir in dieser Koalition schon eingebracht haben, noch einmal eine Steigerung. Wir werden jetzt die Einzelpläne im Haushaltsausschuss durchdiskutieren. Aber ich bin mir sicher, dass es so enden wird wie beim letzten Mal, nämlich dass wir kurz vor Weihnachten hier an diesem Redepult stehen und feststellen werden, dass Sie keine politische Alternative vorzuweisen haben, die besser für dieses Land wäre, als die Koalition aus CSU und FDP dies anzubieten hat.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich darf Sie bitten, für eine Zwischenbemerkung des Kollegen Halbleib noch zur Verfügung zu stehen. - Bitte schön, Herr Kollege Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Ich weiß nicht, welche Pillen in der Fraktionssitzung ausgeteilt worden sind. Aber zum Versorgungsfonds würden mich die Zahlen schon einmal interessieren. Wir vergleichen das, was Sie jetzt auf den Weg bringen wollen, mit einem Feigenblatt. Schauen wir uns einmal hinsichtlich der Vorsorge, was die Beam-

tenpensionen betrifft, die Rechtslage an, die gegolten hat, als der Landtag in diese Legislaturperiode gestartet ist. Wenn Sie einmal das, was Sie vorhaben, mit dem vergleichen, was der Landtag hier in breiter Mehrheit beschlossen hat, dann muss ich sagen, dass der Unterschied in den nächsten Jahren dramatisch ist. Sie nehmen 2,8 Milliarden Euro an Ansparsumme aus dem Beschluss des Landtags heraus. Das, was Sie übrig lassen, ist nicht mehr als ein Feigenblatt. Das wissen Sie selbst. Aber Sie sollten dann so ehrlich sein, das auch hier im Bayerischen Landtag einmal zuzugeben. Sie nehmen keine Vollzerschlagung vor, weil Sie das in der Öffentlichkeit nicht darstellen können, aber Sie zerschlagen die wesentliche Grundkonstruktion dessen, was der Bayerische Landtag auf den Weg gebracht hat. Das sind im Ergebnis knapp 3 Milliarden Euro. Das können Sie vergleichen, mit was Sie wollen.

Zweitens verstehe ich Ihre Position, dass Sie als FDP sich Fehler der CSU nicht anlasten lassen. Aber Sie sollten schon sagen, dass Sie, was die Schuldentilgung betrifft, von einer Legislaturperiode reden, in der wir zunächst einmal mit einer Nettoneuverschuldung von 10 Milliarden Euro konfrontiert sind. Auch das sollten Sie der Ehrlichkeit halber sagen, auch wenn Sie sich als FDP diesen Schuh nicht anziehen müssen. Das gestehe ich Ihnen durchaus zu.

Dann möchte ich noch etwas zu DSL sagen. Sie haben durchaus recht, dass die CSU in diesem Bereich wirklich versagt hat. Der Kollege Wirtschaftsminister Zeil hat das in der "Main-Post" sehr pointiert auf den Punkt gebracht:

Das

- also DSL -

haben meine Vorgänger schlicht verschlafen. ... Die CSU stand bei dem Thema Breitband lange Zeit auf der Bremse, da waren andere Bundesländer sehr viel schneller. Die CSU hatte vergessen, dass der Laptop auch einen Anschluss braucht.

Das ist richtig, aber seitdem hat sich unter Ihrer Verantwortung nichts geändert. Erst hatten Sie kein Geld, aber ein Förderprogramm. Jetzt haben Sie Geld, aber kein Förderprogramm, weil Sie nämlich auf die Notifizierung dieses Verfahrens warten. Das ist eigentlich der Skandal. Wir kommen in Bayern nicht voran, egal ob die CSU oder die FDP die Verantwortung hat.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Grundversorgung erledigt!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Halbleib. - Bitte schön, Herr Klein.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege, ich kann das mit dem Fonds jetzt gerne noch einmal sagen. Wir sind fest davon überzeugt, dass wir eine nachhaltigere Lösung gefunden haben als die, die bisher bestanden hat, indem wir nämlich weiterhin den zusammengelegten Fonds ansparen, damit wir ab 2023, also in dem Zeitraum, in dem wir noch Schulden tilgen, die Versorgungsausgaben dämpfen können. Ab 2030 haben wir dann einen neu strukturierten Haushalt, aus dem wir 1 Milliarde Euro Mittel frei haben, um sie für die Pensionslasten zu verwenden.

Noch einmal: Wir stellen uns in dieser Konzeption 400 Millionen Euro besser, und zwar in der Spitze.

(Volkmar Halbleib (SPD): Gegenüber was?)

- Gegenüber der Welt, in der wir uns jetzt befinden. - Aus dem Fonds und der Rücklage wären im Saldo maximal 600 Millionen Euro herausgekommen, weil man immer weiter angespart hätte. Wenn man diese 600 Millionen Euro mit einer Milliarde Euro vergleicht, dann macht das nach meiner Rechnung 400 Millionen Euro Differenz. Deshalb ist das die nachhaltigere Lösung.

(Beifall bei der FDP)

Zum Thema Neuverschuldung in Höhe von zehn Milliarden Euro: Es ist sicherlich richtig - dazu gab es einen Untersuchungsausschuss -, dass wir aufgrund des Fehlverhaltens von Verwaltungsräten unter anderem zehn Milliarden Euro in die Landesbank geben mussten. Aber das hat nicht diese Koalitionsregierung zu verantworten. Ich möchte in keiner Weise auch nur den Anschein erwecken, dass ich die Verantwortung dafür übernehmen will.

Zum Thema DSL kann ich Ihnen sagen, dass das, was Sie gesagt haben, falsch ist. Wir haben schon an Grundversorgung auf den Weg gebracht. Wir sind jetzt dabei, uns noch einmal strukturell zu verbessern. Die Prozesse in Brüssel - auch wenn das auf Ihrer Seite des Hauses immer schwierig ist, egal um welches Thema es geht - werden nicht durch die Bayerische Staatsregierung gelenkt, auch wenn der eine oder andere manchmal diesen Anschein erwecken möchte, sondern in Brüssel wird die Politik von anderen Leuten gelenkt und organisiert.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. - Dann kommen wir zum nächsten Redner. Der Kollege Winter hat für die CSU-Fraktion noch einmal um das Wort gebeten. Danach kommt Frau Kollegin Kamm. Bitte schön, Herr Kollege Winter.

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, meine verehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" hat sich die Mühe gemacht, in den Süden Deutschlands zu schauen, wo gerade die Haushaltsaufstellung stattfindet, und hat in einer Zusammenfassung, die sehr hilfreich ist, die wichtigsten Veränderungen herausgearbeitet. Ich möchte Ihnen vortragen, wie es aussieht, wenn man sich den Artikel vom vergangenen Freitag zu Gemüte führt.

2.200 Lehrerstellen werden nicht mehr besetzt.

(Zuruf von der FDP: In Baden-Württemberg, nicht wahr? - Eduard Nöth (CSU):
Wo?)

Die Bezüge der Beamten der dritten und vierten Qualifikationsebene werden in den ersten drei Jahren dauerhaft um 4 % gekürzt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das habt ihr doch schon die ganze Zeit gemacht!)

Der kommunale Finanzausgleich für 2013 und 2014 wird jeweils um 600 Millionen Euro gekürzt.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Das Landeserziehungsgeld, das überwiegend für sozial Schwache gewährt wurde, wird gestrichen.

(Eduard Nöth (CSU): Wo? In Baden-Württemberg?)

Das Verbot der Schuldenaufnahme steht nur in der Haushaltsordnung und wird mittels Haushaltsgesetz ausgehebelt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wie bei euch! Das habt ihr auch schon gemacht! Die haben von Bayern und von euch gelernt!)

Überschrift: "Liste der Grausamkeiten".

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir sollten alle, ganz gleich ob Regierungsfraktion oder Opposition, froh sein, dass wir nicht in diesem Land leben.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Erblasten von CDU und FDP!)

- Wenn man der Opposition zuhört, hätte man fast meinen können, das sei für uns passend. Aber alle diese Punkte treffen nachweislich auf Bayern nicht zu. Deshalb versuche ich darauf einzugehen, wie es bei uns aussieht.

Da kann man nur sagen: Gott sei Dank nicht so wie in diesem grün-rot regierten Land. Allerdings - das möchte ich auch sagen -, ist es für uns als Schwaben schon eine Er-

nüchterung, lieber Herr Fraktionsvorsitzender, dass dieses Land, das über Jahrzehnte hinweg das wirtschaftsstärkste Land Deutschlands war, Baden-Württemberg, nun eine solche Regierung hat und den Bürgern eine solche Liste von Veränderungen - die "FAZ" nennt sie Grausamkeiten - heute mit dem Beschluss der Landesregierung vorgestellt wird.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

- So ist es, Herr Ministerpräsident. Danke. Dies ist umso schlimmer, da sich die Bürger anstrengen.

Wie sieht es bei uns aus? Es ist auch das Anliegen der Opposition, dass wir uns heute mit Bayern befassen und streng am Haushalt orientieren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir haben uns am Finanzminister orientiert!)

Der Staatsminister hat Wichtiges getan: Er hat den Rahmen abgesteckt, der uns betrifft; denn wir leben ja nicht auf einer Insel, sondern wir leben in Deutschland, in Europa und letztlich in dem globalen Dorf dieser Erde. Deswegen war es wichtig, die Rahmenbedingungen zu bestimmen. Herr Kollege Halbleib hat sogar noch erläutert, was dies mit dem Export zu tun hat, was für uns wichtig ist. Insofern sind wir ganz nah bei einander.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Nun greife ich einmal die Ausführungen zu den Lehrern auf. Darüber haben wir uns ja schon in der Aktuellen Stunde intensiv auseinandergesetzt, Frau Will. Ich kann nur sagen: Die demografische Rendite des Doppelhaushalts 2013/2014 beträgt bei uns in Bayern 2.762 Stellen. Soweit sind wir uns noch einig; aber dann gehen die Meinungen oft schon auseinander. Im Gegensatz zu unseren Nachbarn unter der grün-roten Landesregierung Baden-Württembergs - dort werden 2.200 Lehrerstellen gestrichen - setzen wir dieses Volumen weitestgehend für Verbesserungen ein. Konkret: 1.082 Stel-

len werden durch den "Aufbruch Bayern" weiterfinanziert, und die kw-Vermerke werden gestrichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Des Weiteren werden 1.309 Stellen für die zusätzliche Verbesserung im Schulbereich geschaffen. Es wird ja noch eine Beratung dieses Haushalts geben, und am Ende, im Dezember, werden wir dann sehen, wie es insgesamt aussieht. Jetzt lässt sich schon sagen: Wir setzen diese demografische Rendite nahezu wieder ein, und sie kommt damit unseren Schülern und der Bildung in Bayern zugute.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Winter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Georg Winter (CSU): Ich kann sie am Schluss beantworten, Herr Präsident.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Das machen wir so.

Georg Winter (CSU): Nun komme ich zu den Verbesserungen im Personalbereich. Dazu kann man nur sagen: Das ist schlichtweg gigantisch. Ich habe selber noch einmal nachgefragt, ob das Zahlen für die ganze Wahlperiode sind oder ob das alleine für den Doppelhaushalt gilt. Ja. Sie gelten ganz allein für den Doppelhaushalt 2013/2014:

Rückführung der Wochenarbeitszeit, 95 Millionen Euro; Stellenhebungen und zusätzliche Beförderungen, 62 Millionen Euro; Verkürzung der Wiederbesetzungssperre von zwölf auf drei Monate, 50 Millionen Euro; auslaufende Absenkung der Eingangsbesoldung - für die Ersten endet es bereits, weil wir, lieber Kollege Klein, auf 18 Monate befristet haben, zum 31. Oktober -; hierfür sind 30 Millionen Euro erforderlich.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sind die Grausamkeiten, die ihr schon hattet!)

- Wir sind eine große Familie. Wir reden jetzt von dieser Wahlperiode, von dieser Regierung und von dem, was aktuell stattfindet.

(Zurufe von den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Jetzt haben Sie wieder etwas dagegen, dass wir uns steigern, besser werden, die Ansätze anheben, mehr tun. Nun frage ich mich: Was sollen wir denn machen?

(Beifall bei der CSU und der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): "Was müssen wir denn machen?")

Ihr fordert es Tag und Nacht, wir setzen es um, und dann ist es auch nicht recht und die Enttäuschung ist noch größer. Das ist ja schrecklich! Welche Lösungen gibt es denn?

(Ingrid Heckner (CSU): Sollen wir es so machen wie in Baden-Württemberg?)

- Anscheinend wäre das besser.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Es lässt sich - anscheinend zur Unfreude - feststellen: deutliche Verbesserung bei der Personalausstattung in den Bereichen Schule, Polizei, Finanzämter. Sie wissen es aus den Haushaltsberatungen und dem Nachtrag 2012: 1.000 Azubis allein im Finanzamtsbereich.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich will es bloß einwerfen, aber zu fragen ist doch, welchen Sinn es macht, wenn wir mehr Finanzbeamte haben, mehr Steuern eintreiben und das dann beim Länderfinanzausgleich wieder 1 : 1 an die anderen Länder abgeben? Das ist doch der Punkt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das wissen wir doch!)

Darum stellt sich die Frage: Um wie viel sollen wir die Zahl der Finanzbeamten steigern, wenn das so frustrierend ist, weil das Geld schließlich nicht in unserer Kasse verbleibt?

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das nur an dieser Stelle zum Länderfinanzausgleich. Vielleicht wird dadurch das Thema besser verstanden. Finanzminister Dr. Söder hat ganz klar gesagt: Bei diesem Thema gibt es bloß eines: mit Wowereit wandern oder eben mit Seehofer klagen.

Ich komme auf den Pensionsfonds zurück. Herr Kollege Klein hat es angesprochen und die Zwischenfrage beantwortet. Auch hierbei muss man doch die Unterschiede herausarbeiten. Wir zahlen jetzt 100 Millionen Euro jährlich. Nun kann man sagen, die Summe sei aber kleiner, als zunächst für zwei Fonds bis 2017 oder 2018 gedacht war; aber wir zahlen bis 2030, das heißt, wir haben eine viel längere Strecke. Das ist die eine Veränderung. Die zweite Veränderung - die Kolleginnen Goderbauer und Görlitz haben es schon gesagt - besteht darin, dass wir bis zu diesem Jahr 2030 die Schulden abbauen und dass damit Spielräume entstehen. Allein die geringeren Zinsaufwendungen - Herr Kollege Klein, das war auch immer Ihr Hinweis - bieten die Möglichkeit, dann mehr zu tun.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sind doch alles Luftbuchungen, die ihr macht! Das wisst ihr doch!)

Das Interessante ist, dass die Betroffenen, der Beamtenbund und seine Mitglieder, nach einer ersten Überlegungsphase sehr schnell erkannt haben, dass es unterm Strich einfach wesentlich besser und mehr ist, wenn alle Schulden abgebaut werden und trotzdem 100 Millionen Euro jährlich bis 2030 eingezahlt werden. Deshalb wird dieser Weg auch breit akzeptiert.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Dr. Otto Bertermann (FDP))

Des Weiteren könnte man noch fragen: Wie könnte man es noch besser machen? Es gibt die politische Zusage, Frau Kollegin Heckner, dass der Tarifabschluss 2013 für die Beamtinnen und Beamten übernommen wird. Besser geht es nicht, denke ich.

(Beifall bei der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Das hätte man in der Vergangenheit auch machen können!)

Herr Kollege Halbleib, nun kommen wir zum kommunalen Finanzausgleich. In Baden-Württemberg wird er um 600 Millionen Euro gekürzt. In Bayern wird er im gleichen Zeitraum um 400 Millionen Euro erhöht. Das heißt, bei der Art und Weise, wie man die Kommunen unterstützt, besteht zwischen Baden-Württemberg und Bayern nun ein Unterschied von exakt einer Milliarde Euro. Das ist ein konkretes Beispiel.

Herr Kollege Pointner, Sie haben es angesprochen: Morgen wollen wir uns in der Anhörung mit dem kommunalen Finanzausgleich befassen. Unser Ziel ist, dass wir diesen Ausgleich weiter verbessern, verfeinern und - dieses Wort höre ich immer öfter - auch gerechter gestalten. Der Herr Finanzminister hat bereits einige Punkte erwähnt, die heuer gelungen sind, um das Ziel einer gerechteren Gestaltung und feineren Justierung des Finanzausgleichs zu erreichen. Eine wichtige Botschaft war es auch, Herr Finanzminister und Herr Ministerpräsident, dass wir 100 Millionen Euro für Stabilisierungshilfen einsetzen, um die Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen in Bayern auszugleichen. 100 Millionen Euro setzen wir dafür 2013 ein.

(Volkmar Halbleib (SPD): 7 Milliarden Euro!)

Sie werden sehen, dass wir Wege finden werden, um dieses Ziel zu erreichen.

Ein weiteres Thema, das aktuell aus unterschiedlichen Gründen wieder auf der Tagesordnung steht, möchte ich ansprechen: Familie und Kinder. Eine Nachricht freute uns sicher nicht so sehr: Die Geburtenrate in Deutschland ist 2011 wieder leicht gesunken. Sie ist auf 1,36 Kinder je Frau zurückgegangen. Bisher haben wir noch nicht das Ei des Kolumbus entdeckt, wie wir dazu beitragen können, dass wir wieder mehr Kinder

haben und dass die Geburtenrate nicht weiter absinkt. Trotzdem kann man nur sagen: Jede Leistung, die dazu dient, die Geburtenrate wieder zu verbessern, ist gut und richtig. Darum ist es auch richtig, dass Sie, Herr Ministerpräsident, mit der Regierung im Bundesrat und als Partner in der Koalitionsregierung in Berlin alles tun, um weitere Verbesserungen zu erreichen. Das Patentrezept kennt keiner. Nichts zu tun, ist der allerschlechtesten Ansatz.

Was tun wir in Bayern ganz konkret? Wir wollen, dass die Kinder in Bayern ein Zuhause haben. Wir wollen die Kinderbetreuung verbessern. Unsere Maßnahmen sind im Gegensatz zu der Kritik, die Sie vorgetragen haben, alles andere als ein Strohhalm. Wir tun viel. Baden-Württemberg schafft das Landeserziehungsgeld ab. Bayern - -

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): - behält es bei! - Claudia Stamm (GRÜNE): Sie wollten doch in Bayern bleiben, haben Sie gerade gesagt!)

- Wir bleiben in Bayern, und deswegen freuen wir uns, dass für das Landeserziehungsgeld 83 Millionen Euro ausgegeben werden.

(Beifall bei der CSU)

Das ist die größte Leistung eines Landes in Deutschland, die für Kinder erbracht wird.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Auch für bedürftige Kinder!)

- So ist es. Sie sagen es, Herr Ministerpräsident. 40 % der bayerischen Familien profitieren vom Landeserziehungsgeld. Damit erreichen wir die, die es wirklich brauchen. Das sei an dieser Stelle auch gesagt, weil immer wieder versucht wird, das Gegenteil darzustellen.

(Beifall bei der CSU)

Wir als Volkspartei kümmern uns um die, die diese Unterstützung tatsächlich gut brauchen können.

Ein weiteres Ziel sind kleinere Gruppen und mehr Qualität in den Kindertagesstätten. Deswegen haben wir den Personalschlüssel auf 11,0 verbessert. Auch das kostet Geld. Darüber hinaus gab es die Anregung - darüber haben wir uns mit dem Koalitionspartner verständigt -, dass die Kindergartengebühr heuer um 600 Euro und nächstes Jahr noch einmal um die gleiche Summe abgesenkt wird; das sind 1.200 Euro pro Eltern und Jahr. Damit haben wir die Chance, dass für das dritte Kindergartenjahr keine Gebühren mehr erhoben werden müssen.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt komme ich zu einem weiteren Punkt, zur Investitionskostenförderung. Die Zahl der Krippenplätze hat sich nahezu vervierfacht. Es sind mittlerweile 93.000. Wir sind sicher, dass wir das gesetzlich vorgegebene Ziel erreichen werden. Die Investitionsmittel betragen einschließlich des Bundesanteils schon heute 1 Milliarde Euro. Wenn wir über Ausgaben reden, fragen wir oft, wie es mit 1 Milliarde Euro wäre, damit unsere Forderung gut herüber kommt. Bei den Kinderkrippen haben wir diese eine Milliarde bereits erreicht. Bei der Betriebskostenförderung steigen die Ausgaben an. Wir sind jetzt schon bei 1 Milliarde. 2014 werden wir 1,2 Milliarden erreicht haben.

Ein Drittes möchte ich noch sagen: Auch im kommunalen Finanzausgleich konnten wir für die Kinder und die Bildung Wichtiges tun. Wir haben bei den Verhandlungen mit den Spitzenverbänden dafür gesorgt, dass die Kindergärten künftig nicht mehr nur zu zwei Dritteln gefördert werden, sondern dass das gesamte Volumen zu 100 % förderfähig ist. Auch damit ist eine wichtige Verbesserung für die Kindergärten erreicht. In einem ganz kurzen Zeitraum, zwischen 2011 und 2013, ist es gelungen, die Ausgaben für Schulen und Kindergärten im kommunalen Finanzausgleich um 50 %, nämlich von 250 Millionen Euro auf 375 Millionen Euro im Jahr 2013 zu steigern. Mit 50 % mehr unterstützen wir diesen wichtigen Aufgabenbereich Bildung und Kindergärten.

(Beifall bei der CSU)

Eine wichtige Botschaft muss immer wieder betont werden, damit nichts Falsches verbreitet wird. Auch nach Auslaufen des Programms für die Kinderkrippenförderung werden wir diese Einrichtungen in Bayern weiter unterstützen. Daran darf es keinen Zweifel geben.

(Beifall bei der CSU)

Zum Thema Verschuldung. Dazu haben wir von den FREIEN WÄHLERN gehört, dass der Abbau richtig ist, dass er aber noch schneller vorangehen muss. Die anderen glauben es nicht. Dazu kann man nur Folgendes festhalten. Im Januar hat der Ministerpräsident das Ziel des Schuldenabbaus ausgerufen und dafür Zustimmung auf breiter Front bekommen. Die Menschen haben gesagt, das ist richtig. Gefragt wurde aber auch, ob wir das schaffen, ob machbar ist, was da verkündet wurde. Jetzt im September ist diese Ankündigung neun Monate alt. Wie weit sind wir gekommen? Gefragt wurde, ob mit dem Schuldenabbau schon begonnen wurde. Eine Milliarde Euro ist tatsächlich bereits getilgt. Eine weitere Milliarde steht im Doppelhaushalt 2013/2014. Herr Kollege Pointner, Sie haben es angesprochen. Wenn es die Steuerschätzung im November zulässt, werden die Staatsregierung und die Regierungskoalition den Schuldenabbau weiter beschleunigen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege, schauen Sie bitte auf die Uhr. Ihre Redezeit ist schon überschritten. Die Schuldentilgung findet schon außerhalb der Redezeit statt.

Georg Winter (CSU): Entschuldigung, Herr Präsident. Dann kann ich nur sagen: Der Schuldenabbau ist noch - -

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Sie bekommen aber einen Nachschlag, wenn Sie eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Stamm zulassen. Wenn Sie es geschickt machen, bringen Sie den Rest Ihrer Rede in der Antwort unter.

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, Sie haben mich zwar ein bisschen zu früh gestoppt, aber machen wir es so.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Dann machen wir es so. Frau Kollegin Stamm, Sie haben das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Claudia Stamm (GRÜNE): Herr Kollege Winter, zunächst möchte ich einen gemeinsamen Punkt ansprechen, den ich auch schon in meiner Rede erwähnt habe. Der Länderfinanzausgleich muss reformiert werden. Darin, glaube ich, sind wir uns alle einig. Allerdings haben Sie - nicht Sie persönlich, sondern die CSU und namentlich Herr Seehofer - über den Länderfinanzausgleich in Berlin verhandelt. Herr Seehofer hat sich dann auch in Bayern dafür feiern lassen, wie toll er ist.

(Thomas Hacker (FDP): Das haben wir schon einmal gehört!)

Hören Sie deshalb endlich auf mit Ihrem tumben Wahlkampfgerassel und Ihren Klageandrohungen und legen Sie ein Konzept vor. Wir wollen auch Steuergerechtigkeit in Nehmer- und Geberländern. Das geht aber nur mit einem sinnvollen Konzept für den Länderfinanzausgleich.

Mit den Wohltaten, die Sie für die bayerischen Beamtinnen und Beamten verkündet haben, haben Sie indirekt die Liste der Grausamkeiten der Mehrheit in diesem Landtag manifestiert. Alles das, was vorher genommen wurde, und zwar nicht zu Recht genommen wurde - die Steuermehreinnahmen sind nämlich schon im letzten Doppelhaushalt geflossen -, geben Sie jetzt wieder zurück. Sie haben eben aufgezählt, was alles - welch Wunder! - im Wahljahr 2013 zurückgegeben werden soll. Teilweise ist schon vorherzusehen, wie. Die Eingangsbesoldung soll wieder angehoben werden und auch die 42-Stunden-Woche soll im Wahljahr 2013 zurückgenommen werden.

Ganz kurz zum Pensionsfonds. Darüber ist heute schon oft diskutiert worden. Ich habe es immer noch nicht verstanden, dass es mehr und besser ist, wenn man nur

100 Millionen einzahlt, obwohl man eigentlich 240 Millionen einzahlen müsse. Vielleicht verstehe ich es noch im Laufe der Beratungen des Doppelhaushalts.

(Thomas Hacker (FDP): Wir erklären es noch ein paarmal!)

Zum letzten Punkt. Schon beim letzten Doppelhaushalt haben Sie sich gerne an der Regierung in Nordrhein-Westfalen oder anderen rot-grünen oder grün-roten Regierungen abgearbeitet. Die Stellen, die in Baden-Württemberg gestrichen werden müssen, waren unter Ministerpräsident Mappus nicht etatisiert. Vielleicht haben Sie vorher nicht zugehört. In Baden-Württemberg kommen auf einen Lehrer 14,1 Schülerinnen und Schüler. In Bayern ist das Verhältnis dagegen 1 : 16. Trotz der Streichungen haben wir in Baden-Württemberg immer noch ein besseres Verhältnis.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Kollegin Stamm. - Herr Kollege Winter, jetzt haben Sie zwei Minuten.

Georg Winter (CSU): Das ist aber wenig, Herr Präsident. Es waren vier Fragen in einer; deshalb müssten es eigentlich acht Minuten sein.

Die Statistik der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zur Schüler-Lehrer-Relation für Grundschulen zeigt auf, dass sie in Baden-Württemberg 18,2 beträgt und in Bayern mit 17,9 Schülern pro Lehrer besser ist. Das ist eindeutig so.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das Zweite: Wir haben aufgehört, uns mit den Nordländern zu vergleichen, weil das zu einfach wäre. Deswegen haben wir uns entschieden, uns einer größeren Herausforderung zu stellen. Ich kann nur sagen: Ein noch besseres Bundesland als Baden-Württemberg können wir Ihnen nicht mehr übergeben. Bayern wollen wir nicht abgeben. Baden-Württemberg ist nach Bayern das beste Bundesland, aber selbst dort kriegt ihr es nicht hin. Auch das muss man hier eindeutig feststellen.

(Beifall bei der CSU)

Was den Länderfinanzausgleich angeht, so ist klar: Wir sind solidarisch und helfen. Jetzt nenne ich eine Summe, die vielleicht auch Sie von der Opposition überzeugt: In dieser Wahlperiode zahlt der Freistaat Bayern in den Finanzausgleich einschließlich Umsatzsteuervorwegabzug 26 Milliarden Euro ein. Jetzt sagen Sie mir bitte, welches Problem in einem Haushalt dieser Legislaturperiode größer ist als 26 Milliarden Euro? Das ist die Herausforderung. Angesichts dessen muss man sagen: Das ist aus dem Ruder gelaufen. Das System stimmt nicht mehr. Es muss angepasst werden. Das ist unser Anliegen.

Sie von der Opposition müssen sich entscheiden, ob Sie für Bayern, für die Interessen der bayerischen Bürger sind oder ob Sie anderes im Blick haben, etwa die Hauptstadt zu fördern bzw. zu stützen. Letzteres ist in Amerika eine Aufgabe des Bundes. Andere Länder müssen sich beteiligen. Es kann jedenfalls nicht nur die Aufgabe Bayerns sein. Das ist ganz wichtig.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Von diesem Haushalt geht eine weitere wichtige Botschaft aus - Kollege Halbleib, ich sage das, weil das Thema immer wieder hochkam -: Die Bank wird den Haushalt 2013/2014 nicht belasten. Das konnten wir, anders als beim Länderfinanzausgleich, ohne Klage erreichen. Wenn wir Einnahmen und Ausgaben gegenüberstellen, erkennen wir, dass - so der Plan - 235 Millionen Euro mehr in der Kasse sind. Ich wiederhole die Nachricht: Die Bank belastet den Haushalt nicht. Es sind 235 Millionen Euro mehr Einnahmen.

Herr Finanzminister, für diesen schwierigen Job ganz herzlichen Dank!

Ich schließe mit Uli Hoeneß, der am Sonntagabend bei "Günther Jauch" gesagt hat: "Wir leben im Paradies", und mit Peter Löscher, der in Banz erklärte: "Selbst wenn der Export aus Deutschland zurückgeht, lebt Bayern immer noch auf einer Insel der Seligen."

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege. - Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ehrlichkeit, Transparenz, Klarheit - das sollten die Grundlagen eines Haushaltsplans sein. Herr Kollege Winter, mit Ihren Ausführungen vorhin haben Sie nicht dazu beigetragen.

Die Studie, die Sie zu dem Lehrer-Schüler-Verhältnis in Baden-Württemberg zitiert haben, betrifft lediglich die Situation an den Grundschulen.

(Zuruf von der CSU: Was heißt denn hier "lediglich"?)

Wenn man den gesamten Bildungshaushalt zugrunde legt, stellt man fest, dass derzeit in Baden-Württemberg trotz Rücknahme der nicht etatisierten Stellen eine bessere Lehrer-Schüler-Relation besteht als in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ehrlichkeit, Transparenz, Klarheit - das sollte auch die Grundlage des Finanzausgleichs sein. In diesem Sinne wünschte ich mir, dass auf Ihrer Homepage, Herr Finanzminister, nicht nur die beschönigenden Darstellungen aus Ihrem Hause zu sehen wären, sondern auch das Tableau des kommunalen Finanzausgleichs, wie er sich in Wirklichkeit darstellt.

Wie ist die Situation? Wir haben vorhin gehört, alle möglichen Töpfe seien erhöht worden. Fakt ist, dass der kommunale Finanzausgleich um zwei Prozent erhöht wird - das war es.

All die Töpfe, die Sie vorhin aufgeführt haben - hören Sie zu, Herr Kollege! -, beispielsweise die Stabilisierungshilfen oder die Erhöhung der Ansätze für die Bezirke, die Schulen und die Krankenhäuser -, werden direkt aus den den Kommunen zustehen-

den Mitteln des Finanzausgleichs refinanziert, das heißt, aus Mitteln des kommunalen Steuerverbundes entnommen. "Linke Tasche, rechte Tasche" hat Kollege Mütze vorhin zu Recht dazwischengerufen. Zu versuchen, mit solchen Taschenspielertricks das Wahlvolk zu verblödeln, ist wirklich ärgerlich.

So geht es weiter. Wenn man sich die Zahlen anschaut, sieht man, dass sich die Schlüsselmasse trotz erhöhter Steuereinnahmen lediglich um 108 Millionen Euro erhöhen wird. Diese Schlüsselmasse soll nun etwas anders verteilt werden. Die kleinen Gemeinden sollen mehr bekommen. Es ist zu begrüßen, wenn kleine Gemeinden, insbesondere solche in schwierigen Regionen, mehr bekommen. Erste Modellrechnungen haben aber ergeben, dass von der beabsichtigten Verteilung durchaus auch Kommunen im Speckgürtel der Zentren profitieren. Das andere ist: Wo Gewinner sind, sind auch Verlierer. Der wesentliche Teil der Erhöhung für die kleinen Gemeinden wird natürlich nicht aus der Summe von 108 Millionen Euro gestemmt, sondern geht zulasten anderer Kommunen. Es wird nicht die Stadt München betreffen, die ohnehin keine Schlüsselzuweisungen bekommt, sondern andere Kommunen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Unser Anliegen ist - deswegen bitten wir Sie um Zustimmung zu unserem Antrag "Mehr Transparenz im FAG" -, dass Modellrechnungen angestellt werden, um festzustellen, wie sich die Veränderungen an den Stellschrauben für die Kommunen in Bayern tatsächlich auswirken. Wahrscheinlich liegen diese Modellberechnungen längst in Ihren Ministerien vor. Halten Sie sie nicht geheim, sondern veröffentlichen Sie sie! Schaffen Sie Transparenz, schaffen Sie Klarheit! Bevor an Stellschrauben gedreht wird, müssen die Auswirkungen dargestellt werden.

Wir wollen die Verbesserung der Situation aller Kommunen mit Strukturproblemen. Der Finanzausgleich muss in Zukunft gerechter sein. Das Grundproblem, dass ein Drittel der bayerischen Kommunen seinen Investitionsbedarf nicht erwirtschaften kann, muss endlich gelöst werden.

Zudem warten wir immer noch auf das versprochene Eingliederungsgesetz, das heißt, auf Ihre Initiativen auf Bundesebene. Diese haben wir noch nicht gesehen.

Wir gehen ferner davon aus, dass in Zukunft auch andere Belastungen, die in den Kommunen unterschiedlich stark zu Buche schlagen, im kommunalen Finanzausgleich berücksichtigt werden.

Insofern freuen wir uns auf die morgige Anhörung und erwarten neue Erkenntnisse. Wir hoffen auf einen zukünftig transparenteren und klareren Umgang mit dem Finanzausgleich. Selbstverständlich gehen wir davon aus, dass der Gesetzentwurf zur Änderung des kommunalen Finanzausgleich, wie er mit der Drucksachenummer 16/13464 vorliegt, nicht beschlossen wird, bevor die morgige Anhörung ausgewertet worden ist und bevor die Modellrechnungen zu den Auswirkungen der vorgeschlagenen Änderungen vorgelegt worden sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Kollegin Kamm. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Der Herr Staatsminister der Finanzen hat das Wort zu einer zusammenfassenden Stellungnahme. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, nur ganz kurz; denn das meiste wurde schon ausführlich und auf, wie ich fand, gute Weise von den Kollegen Winter und Klein angesprochen, denen ich für die Beiträge, die sie heute gebracht haben, noch einmal herzlich danken möchte.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe in der gesamten Debatte nach elementaren Schwachstellen gesucht. Ehrlich gesagt: Ich habe keine gefunden. Allerdings habe ich viele persönliche Angriffe gehört: "Lügner!", "Plump!", "Dumm!" und

Ähnliches mehr. Ich verstehe, was Wahlkampf bedeutet, und bin dort selbst ein leidenschaftlicher Kämpfer. Aber man muss auch vor Wahlen aufpassen, dass man nicht verbissen oder verbittert wirkt. Ich glaube, persönliche Angriffe sind kein fairer Stil. Argumente müssen das Hohe Haus beherrschen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD)

Ich möchte nur wenige Punkte zum Thema Schulden ansprechen. Es ist schon beeindruckend, was hier gesagt worden ist. Bayern ist - das zeigt auch ein Blick in die Geschichte - das einzige Land, das Schulden in einer solchen Höhe tilgt. Wir tilgen in diesem Jahr eine Milliarde Euro - reell. Wir werden im nächsten Doppelhaushalt eine Milliarde Euro tilgen; das ist zumindest unser Vorschlag. Im Finanzplan, der so wichtig ist und der vorhin oft zitiert wurde, wenn es um andere Themen ging, gehen wir genauso vor. Dann wird tatsächlich versucht, den Eindruck zu erwecken, wir würden an dieser Stelle täuschen. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir täuschen nicht, wir tilgen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Außerdem wird der Eindruck erweckt, es gehe hin und her. Man kann nur mit den Mitteln tilgen, die man erwirtschaftet. Wir haben eine Tilgungsoption, weil wir Überschüsse haben und durch eine solide Haushaltspolitik dafür sorgen, dass diese Überschüsse nicht verfrühstückt werden. Warum können wir tilgen, und warum haben wir so hohe Rücklagen? Weil wir nicht das ganze Geld ausgeben. Allein die Forderungen der Opposition zum Nachtragshaushalt 2012 und zum Doppelhaushalt 2011/2012 belaufen sich insgesamt auf mehr als zwei Milliarden Euro. Sie werfen uns vor, zu wenig Rücklagen zu haben. Ich kann nur sagen: Wer selber fordert, alles zu verfrühstückten, kann anderen keine Vorschriften machen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das Argument der verdeckten Schulden entspringt einer faszinierenden Denkweise. Schulden sind das, wofür man Zinsen zahlt. Wir haben einige solcher Schulden aufgehäuft, wenn auch weniger als andere. Es gibt jedoch keine verdeckten Schulden. Es gibt Verbindlichkeiten, die wir erfüllen müssen. Dazu gehören übrigens auch die Gehälter der Parlamentarier. Keiner käme auf die Idee zu sagen, weil wir uns gebunden haben, in jedem Monat Gehälter auszuzahlen, haben wir doch Schulden. Ganz im Gegenteil.

Sie erwecken den Eindruck, wir würden etwas gegen unsere Beamten tun. Das ist geradezu absurd. Sie waren doch beim Bayerischen Beamtenbund dabei. Sie haben gehört, was uns die Vertreter des Beamtenbunds gesagt haben. Sie haben auch gehört, was die Gewerkschaften gesagt haben. Alle haben uns bestätigt, dass der Weg, den wir in Bayern gehen, deutschlandweit ein einzigartiger Weg ist. Wenn wir jetzt einen Pensionsfonds anlegen würden, hätten wir am Ende auch eine Milliarde, die wir so durch eingesparte Zinsen haben. Was wäre es für eine Vorsorge, wenn Zinsen für alte Schulden gezahlt und immer wieder neue Belastungen generiert werden müssten? Wir tilgen und ersparen uns die Zinsen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie haben erklärt, wir wären auch beim Thema Kommunen nicht gut. Georg Winter war ein sehr brillanter und fachkundiger Architekt des kommunalen Finanzausgleichs. Wir haben drei widerstreitende kommunale Spitzenverbände. Am Tag vorher schien eine Einigung zwischen dem Gemeindetag und dem Städtetag nicht möglich. Am Ende ist es uns gelungen, einen Reformweg zu finden, bei dem fast alle bessergestellt sind. Die Schwachstellen bei der Gerechtigkeit, die öffentlich benannt wurden, wurden abgeschwächt und aufgehoben. Wir hören damit nicht auf, sondern gehen auf diesem Weg weiter. Im Wesentlichen gibt es aus der Sicht der kommunalen Spitzenverbände nur eine Kommune, die zu viel bekommt, nämlich die Landeshauptstadt. Wenn Sie hier bereit sind, Kürzungen vorzunehmen, können wir darüber reden. Wir haben einen guten Finanzausgleich gemacht, der auch gelobt wurde.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum Thema Euro: Bei diesem Thema ist Streit in Ordnung. Man sollte diesem Thema aber nicht generell ausweichen und sagen, jeder, der die Sorgen der Bürger aufnimmt, sei plump, dumm oder schaue aufs Bierzelt. Der Bundesbankpräsident ist kein Bierzeltredner. Das Ifo-Institut ist nie durch plumpe Aussagen aufgefallen. Viele Wirtschaftler und Mittelstandsverbände sagen dasselbe. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie 70 bis 80 % der Bayern ignorieren, Wirtschaftswissenschaftler ausblenden und den Bundesbankpräsidenten verhöhnen, brauchen Sie sich nicht wundern, wenn Sie auch in Zukunft in der Opposition bleiben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Frau Stamm hat vom Putzen und vom Haushalt gesprochen. Ich finde, dies ist ein Haushalt, der sich sehen lassen kann. Da muss nichts aufgeräumt werden. Das ist ein echter Meister-Propert-Haushalt, der einzigartig in Deutschland ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich schlage gemäß der Geschäftsordnung vor, beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Ich sehe, dass damit Einverständnis besteht. Dann ist das so beschlossen.